

ORDENTLICHER UNTERBEZIRKSPARTEITAG

SAMSTAG - 2. JULI 2022 - 10:00

PHILIPP-SCHIEDEMANN-HAUS

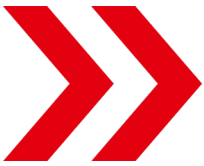
**BERICHTE
ANTRÄGE**



**KASSEL FÜR DIE ZUKUNFT
STARK MACHEN!**



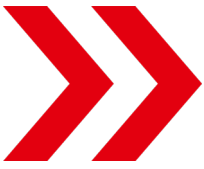
SPD SOZIALE
POLITIK FÜR
KASSEL 



Unterbezirksvorstand

gewählt am 26. Juni 2021

Vorsitzender	Dr. Ron-Hendrik Hechelmann
Stellvertreter*innen	Sebastian Fiedler Teslihan Ayalp Rosa-Maria Hamacher
Schatzmeister	Enrico Schäfer
Beisitzerin für den Arbeitsbereich Mitgliederbetreuung/Mitglieder- gewinnung/Personalentwicklung	Clara Wohltmann
Beisitzerin für den Arbeitsbereich Arbeitsgemeinschaften und Zielgruppen, Betriebs- und Projektgruppen	Johannes Knöfel
Beisitzer für den Arbeitsbereich Ortsvereine und Ortsbeiräte, Organisation und Struktur	Andreas Dietz
Beisitzer für den Arbeitsbereich Kommunikation und Öffentlichkeit	Peter Carqueville
Drei Beisitzer*innen ohne definierten Aufgabenbereich	
Beisitzerin	Johanna Kindler
Beisitzer	Andreas Nitsch
Beisitzerin	Stefanie Woborschil
Ausländerbeauftragter	Thevagar Mohanadhasan



Liebe Genossinnen und Genossen,

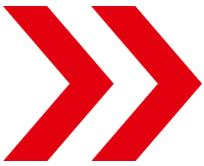
mit dem russischen Angriffskrieg auf Ukraine wurde der langanhaltende Frieden in Europa durch Putin gebrochen. Unter großem menschlichem Leid und Kriegsverbrechen versucht Putin in großrussisches Reich zu bilden. Die vielen Geflüchteten, Verletzten, Traumatisierten und Toten beweisen, dass es im Krieg keine Gewinner*innen gibt. Die größten Verlier*innen sind immer die Menschen, die bereits vor dem Krieg die schwierigsten Situationen bewältigen müssen. Ich bin froh, dass die Menschen und die Stadt Kassel schnelle Hilfen für die Geflüchteten organisieren konnten. Um den vielen Stimmen gegen den Krieg und für Frieden einen Kanal zu geben, haben wir insgesamt vier große Friedenskundgebungen mit mehr als 7.000 Demonstrant*innen organisiert. Zusätzlich wurden 25.000 Euro Spenden für die Not- und Katastrophenhilfe Ukraine der Aktion Deutschland hilft gesammelt. Ich möchte mich ganz herzlich bei allen Mitorganisator*innen bedanken und insbesondere bei Peter Carqueville, Sabine Wurst und Sebastian Fiedler, welche viel Arbeitszeit und Engagement in die Kundgebungen gesteckt haben.

Für die Entwicklung des Kommunalwahlprogramms mit den Kasseler Bürger*innen haben wir vier Stadtforen zur Gestaltung eines öko-sozialen Umbaus in eine moderne, offene und ökologische Großstadt initiiert. In den drei erfolgreich durchgeführten Stadtforen haben sich mehr als 200 Menschen engagiert und mehr als 25 Forderungen haben einen direkten Weg in unser Wahlprogramm gefunden. Sehr viele Forderungen stehen eins zu eins im gemeinsamen Koalitionsvertrag mit den Kasseler Grünen. Die Grünen haben die stabilen Mehrheiten in Kassel aufgrund von Unstimmigkeiten über die Umsetzung von Verkehrsversuchen beendet. Der Beschluss des Nachtragshaushalts und des EinwohnerEnergieGelds sind für die SPD von zentraler politischer Bedeutung. Wir müssen für unsere Stadt Kassel Verantwortung übernehmen und vielen sich überschneidenden Krisen für die Menschen in der Stadt lösen. Dieser Verantwortung haben sich die Grünen in Kassel entzogen. Wir werden weiterhin unsere Ziele aus dem Wahlprogramm umsetzen und stehen auch weiterhin zur Mobilitäts- und Energiewende, um Kassel klimaneutral 2030 zu erreichen.

In der Sitzung des Vorstands und des Unterbezirksausschuss am 05.04.2022 hat sich Christian Geselle erneut als Kandidat zur Wahl des Oberbürgermeisters im März 2023 beworben und seine politischen Ziele vorgestellt. Beide Gremien haben ihn einstimmig nominiert. Die Wahlkreis-Konferenz wird im Oktober stattfinden. Die Erfolge unseres Oberbürgermeisters Christian für die Stadt Kassel sprechen für sich. Mit sozialdemokratischen Kernthemen und einem starken Kandidaten wollen wir die Wahl im März 2023 wieder im ersten Wahlgang gewinnen. Dafür werden wir gemeinsam Wahlkampf machen und uns als Kasseler SPD geschlossen hinter unseren Kandidaten stellen.

Das Ziel unsere Sitzungen zu digitalisieren und die Möglichkeit zu schaffen, hybride Sitzungsformate durchzuführen, um auch Menschen mit Kindern oder zu pflegenden Angehörigen die politische Partizipation über die Pandemie hinaus zu ermöglichen, haben wir erreicht. Von der Möglichkeit der digitalen Teilnahme an Sitzungen und Besprechungen wird rege Gebrauch gemacht.

Mit der Satzungsänderung soll die 2014 begonnene Reform der Partei fortgeschrieben werden. Der Parteitag 2021 hatte dem Parteivorstand die Aufgabe gegeben, eine Satzungsänderung in die Wege zu leiten – dies ist nun zum ordentlichen Parteitag mit entsprechendem Antrag erfolgt. Ziel der Satzungsänderung ist, die Partei für alle Mitglieder zu öffnen und auf die neuen Gegebenheiten bspw. durch die Mitglieder oder Wahlentwicklung der vergangenen Jahre in Zukunft gut reagieren zu können, damit die Kasseler SPD auch weiterhin die Partei für die gute Zukunft Kassels sein kann. Zur



Vorstellung des Antrags und zur Diskussion der Vorschläge waren alle Mitglieder zu einer der vier Veranstaltungen in den Stadtteilen eingeladen.

Die Bundestagswahl war für uns als Sozialdemokratie ein voller Erfolg. Auch in Kassel konnten wir den negativen Trend seit der letzten Bundestagswahl drehen. Mit 28,61 % bei den Zweitstimmen und 32,38 % bei den Erststimmen liegen wir im Stadtgebiet über den Ergebnissen im Bund. Stärkster politischer Mitbewerber bleiben die Grünen in Kassel. Für weitere erfolgreiche SPD-Wahlkämpfe sehen wir 5 Kernpunkte. Kandidat*innen und Wahlprogramm müssen zusammenpassen, Steigerung der Wahlbeteiligung, die SPD muss sich als Einheit präsentieren und als Team auftreten, individuelle Ansprache für jeden Orts- und Stadtteil und starke Kandidat*innen können Stimmen von anderen Parteien ziehen. Herzlichen Glückwunsch auch nochmal an unseren erfolgreichen Direktkandidaten Timon Gremmels und vielen Dank an alle Wahlkämpfer*innen.

Die letzten beiden Bundesparteitage war von den Wahlen des Vorstands und der Abstimmung über den Koalitionsvertrag geprägt. Da beide Formate nur in digitaler Form stattfinden konnten und auf einen Tag reduziert worden sind, gab es keinen großen Raum für Antragsdebatten. Viele unserer Kasseler Anträge haben sich in ähnlichen Formulierungen in unseren SPD Bundeswahlprogramm wiedergefunden oder wurden durch einen Beschluss des Bundesparteitags an die Bundestagsfraktion oder die SPD-Gruppe im Europaparlament überwiesen. Den aktuellen Stand zu unseren Anträgen findet ihr wie immer in der Antragspat*innen-Liste. Nutzt die Möglichkeit direkt bei den Paten nach dem Stand zu euren Anträgen aus den Ortsvereinen nachzufragen. In den vergangenen Jahren gab es viele Anträge mit dem Tenor „Anträge ernstnehmen“. Es gab den Wunsch nach mehr Transparenz zur Nachverfolgbarkeit der Anträge. Das Anliegen für eine Antragsdatenbank haben wir in den Diskussionen auf allen politischen Ebenen vorgebracht Unser neuer Generalsekretär Kevin Kühnert hat in seiner Bewerbungsrede einen Antragsdatenbank zur Nachverfolgung der politischen Beschlüsse und Umsetzungen angekündigt. Wir werden die Umsetzung der Datenbank weiterverfolgen.

Ich bedanke mich bei euch allen für die unzähligen Stunden eurer freiwilligen Arbeit in den Ortsvereinen, Ortsbeiräten, Arbeitsgemeinschaften, Stadtverordnetenversammlungen, Magistrat und zahlreichen weiteren Gremien.

Mein Dank gilt den Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle Sabine Wurst und Sarah Schumacher für den besonderen Einsatz in den Wahlkämpfen und die Arbeit für unsere SPD.

Im nächsten Jahr stehen mit der Oberbürgermeisterwahl und der Landtagswahl zwei wichtige Wahlen für uns an. Wir wollen beide Wahlen gewinnen und dafür brauchen wir alle Genossinnen und Genossen, um gemeinsam erfolgreich zu sein und die Menschen von den Inhalten und Zielen der SPD zu überzeugen. Mit dem rechtswidrigen hessischen Sondervermögen, der fehlenden Aufklärung im NSU-Untersuchungsausschuss, der Ablehnung eines hessischen Klimaschutzgesetzes und einem neuen Kabinett ohne Nordhessen*innen zeigt sich deutlich, dass die schwarz-grüne Landesregierung abgelöst werden muss. Für das Landeswahlprogramm habe ich meine Expertise in der Arbeitsgruppe Energie und Klima eingebracht. Am 09.06.2022 hat die große Programmkommission getagt und ein Thesenpapier erstellt. Dieses werden wir über den Sommer gemeinsam in der SPD diskutieren, um ein Zukunftsprogramm für die Menschen und Fortschritt in Hessen anzubieten.

Mit solidarischen Grüßen

Ron-Hendrik Hechelmann

**Rechenschaftsbericht****Sebastian Fiedler, stellv. Unterbezirksvorsitzender****Liebe Genoss*innen,**

mein erstes Jahr im Unterbezirksvorstand ist und war noch immer geprägt von Corona. Unter diesen Voraussetzungen habe ich dabei geholfen, gemeinsam mit dem Geschäftsbüro die digitalen und hybriden Sitzungen des UB-Vorstands und UB-Ausschusses zu organisieren, sodass keine Mitglieder von Sitzungen ausgeschlossen wurden. Der SPD-Fraktion im Rathaus und dem neuen Fraktionsgeschäftsführer habe ich geholfen, dass auch innerhalb der Fraktion hybride Sitzungen möglich waren. Damit habe ich fortgeführt, was ich bereits ohne Funktion für die SPD in der Zeit während Corona mitorganisiert habe: Die digitale Betreuung von unserem kompletten, digitalen Parteitag, dem Stream der Wahlkreis-Konferenz zur Kommunalwahl und viele anderen digitalen Veranstaltungen, die durch die Pandemie notwendig gewesen sind.

Gemeinsam mit Peter Carqueville habe ich das Corporate Design der SPD Kassel modernisiert. Von unseren Postings im Social Media bis zu den Printprodukten der Kasseler SPD wurde das Design an dem des erfolgreichen Bundestagswahlkampfes angepasst. Im weiteren Verlauf folgen die vollständige Umsetzung auf der Homepage und wenn gewünscht, kann ich das Design auch den Ortsvereinen und der Fraktion zur Verfügung stellen und entsprechend individualisieren.

Zusammen mit Peter, Ron-Hendrik Hechelmann, Johanna Kindler und Sabine Wurst haben wir vier große Friedensdemos und eine Spendenkampagne ins Leben gerufen, nachdem Putins Russland einen Angriffskrieg gegen Ukraine im Februar begonnen hatte. Zusammen mit vielen anderen Parteien und Organisationen haben wir bereits in der zweiten Woche eine größere Kundgebung als in Frankfurt organisieren können und waren damit die größte in Hessen.

Schließlich war die größte Aufgabe für mich, den Auftrag durch den Parteitag 2021, die Satzung zu überarbeiten. Gemeinsam mit Andreas Dietz, Teslihan Ayalp, Enrico Schäfer und Andreas Nitsch haben wir diese Aufgabe umgesetzt. In mehreren offenen Sitzungen wurde der Satzungsentwurf entwickelt, der nun vorliegt. Gemeinsam mit allen Mitgliedern der Partei, die die Möglichkeit im UBA, aber auch in einem der vier Foren hatten, haben wir eine Satzung entwickelt, die uns den organisatorischen Aufbruch gemeinsam ermöglichen soll.

Neben den größeren Aufgaben habe ich in meiner Funktion als Stellvertreter die Partei in einigen Situationen vertreten, beispielsweise bei einem Interview von Schüler*innen einer 9. und 10. Klasse über die Haltung der SPD zur Rüstungsindustrie.

Das nächste Geschäftsjahr wird geprägt sein von dem Wahlkampf des Oberbürgermeisters und der Vorbereitung des Landtagswahlkampfes. Ich möchte hier meine Energie dafür einsetzen, dass am Ende alle drei Mandate von der SPD gewonnen und gehalten werden.

Mit solidarischen Grüßen**Sebastian Fiedler****stellvertretender Unterbezirksvorsitzender**

**Jahresbericht zur Mitgliederentwicklung im Jahr 2021**

UB - SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt (250010000000)

A: Bestandsdaten

Mitgliederbestand am 31.12.2021	männlich	weiblich
1345	887 (65,95) %	458 (34,05) %

Altersgruppen der Mitglieder

unter 35 Jahren	zwischen 35 und 59 Jahren	ab 60 Jahren
212 (15,76) %	358 (26,62) %	775 (57,62) %

Der Altersdurchschnitt aller Mitglieder beträgt 61 Jahre.

Beschäftigungsverhältnisse der Mitglieder

Angestellte/r	Arbeiter	Selbständige	Schüler bzw. Student	Hausfrau/-mann	Beamte	Azubi
373	70	62	218	93	157	20
Rentner / Pensionäre	Berufssoldaten	Leitende Angestellte	Arbeitssuchend / Arbeitslos	Landwirte	Unbekanntes	
258	2	4	40	0	30	

In unserem Ortsverein lassen sich die Mitglieder gemäß der Beitragstabelle folgendermaßen einstufen:

Beitragshöhe	Anteil
weniger als 5 Euro pro Monat	24,84 %
zwischen 5 und 20 Euro pro Monat	60,25 %
zwischen 21 und 50 Euro pro Monat	11,41 %
mehr als 50 Euro pro Monat	3,50 %

Insgesamt zahlen die Mitglieder im Durchschnitt 12,89 Euro an monatlichem Beitrag.

B: Mitgliederzugänge

Neueintritt(e) - Gesamt	männlich	weiblich
49	31 (63,27 %)	18 (36,73 %)
Anteil in Relation zum Bestand	Vergleich zum Vorjahr	
3,64 %	+ 27	

Im Schnitt waren die Neumitglieder 34,7 Jahre alt.

C: Mitgliederabgänge

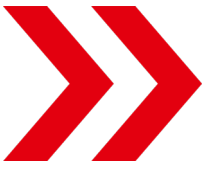
Abgänge - Gesamt	männlich	weiblich
73	50 (68,49 %)	23 (31,51 %)
Austritte	Todesfälle	Sonstiges
43	30	0
Anteil in Relation zum Bestand	Vergleich zum Vorjahr	
3,20 %	- 7	

D: Mitgliederentwicklung

In den vergangenen 10 Jahren sah unsere Mitgliederentwicklung so aus (Bestand zum Jahresende):

2012	2013	2014	2015	2016
1529	1523	1475	1435	1401
2017	2018	2019	2020	2021
1453	1464	1407	1350	1345

Hinweis: Der tatsächliche Mitgliederbestand kann sich durch rückwirkende Änderungen (bspw. Umzüge, Eintritte, Austritt, etc.) verändern. Dieser Bericht weist den Ist-Stand zum Ende des oben angegebenen Auswertungsjahres aus.



**SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt
Unterbezirksvorstand**

Rechenschaftsbericht von Johannes Knöfel

17.04.2022

Liebe Genossinnen und Genossen,

seit dem letzten Parteitag bin ich Mitglied des Unterbezirksvorstandes der SPD Kassel. Hier bin ich Beisitzer für den Arbeitsbereich der Arbeitsgemeinschaften und Zielgruppen sowie der Betriebs- und Projektgruppen. Mein Dank gilt meiner Vorgängerin in dieser Funktion, Ramona Kopec, die sich insbesondere mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Frauen verdient gemacht hat.

Unsere Arbeitsgemeinschaften sollen das Bindeglied zwischen Partei und den gesellschaftlichen Gruppen bilden und besondere Aufgaben in der Partei und Öffentlichkeit wahrnehmen. Dies setzt voraus, dass die Gemeinschaften lebendige und aktive Orte sind. Regelmäßige Treffen, Unternehmungen und der Diskurs sind hierfür wichtige Grundpfeiler. In den letzten Monaten konnte ich beinahe alle Arbeitsgemeinschaften besuchen, manche auch mehrmals. Ich habe erlebt, dass viele von ihnen der Pandemie und den damit einhergehenden Einschränkungen so weit möglich getrotzt haben. Allen Aktiven danke ich für ihr Engagement ausdrücklich.

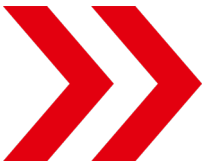
Gleichwohl gilt es, vieles, was uns durch die Kontaktbeschränkungen verloren gegangen ist, aufzuholen und wiederzubeleben. Hierfür stehe ich in Kontakt mit den Arbeitsgemeinschaften. Wir suchen nach Lösungen zur Stärkung der Gemeinschaft und zur Mobilisierung von Mitgliedern. Ein Instrument kann eine über die Partei hinaus erkennbare gezielte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sein. Auch können wir die Kommunikationswege und die Ansprache an potenzielle Interessierte verbessern. Daneben möchte ich dafür werben, dass alle Arbeitsgemeinschaften sich mit der Richtlinie für Arbeitsgemeinschaften vom 08. Juni 2020 („Grundsätze und Richtlinie für die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der SPD“) und den damit verbundenen Rechten und Aufgaben auseinandersetzen.

Ein Blick auf den zurückliegenden erfolgreichen Kommunal- und den Bundestagswahlkampf hat gezeigt, wie wichtig eine zielgruppenspezifische Ansprache ist. Diese Ressource der Arbeitsgemeinschaften gilt es nicht zu vernachlässigen und in die anstehende Programmprozesse und in die Wahlkämpfe einzubinden. Ich werbe daher bei unseren Kandidatinnen und Kandidaten für einen Besuch bei unseren Arbeitsgemeinschaften.

Mit solidarischen Grüßen

Johannes

**Beisitzer für den Arbeitsbereich
Arbeitsgemeinschaften,
Zielgruppen,
Betriebs- und
Projektgruppen**



Bericht des Beisitzers für den Arbeitsbereich Ortsvereine und Ortsbeiräte, Organisation und Struktur

Andreas Dietz (Stand 22.05.2022)

Auf dem regulären Unterbezirksparteitag 2021 wurde ich als Beisitzer mit o.g. Arbeitsbereich gewählt.

Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes verteilte ich Flyer in sechs Stadtteilen und organisiert die zentrale Plakatierung mit, daneben plakatierte und erneuerte ich Plakate in mehreren Stadtteilen. Ich beteiligte mich darüber hinaus an vielen zentralen Infoständen und der gemeinsamen Zeitungannonnce.

Ich habe eine Abkürzungsliste entworfen und ein Organigramm der Parteiebenen organisiert, um neuen Mitgliedern den Einstieg in die Struktur der SPD zu erleichtern.

Um die Strukturen den Aktualitäten anzupassen, arbeiten Teslihan Ayalp, Sebastian Fiedler und Enrico Schäfer mit mir zusammen in einer Arbeitsgruppe. Dazu haben wir allen Mitgliedern der Kasseler SPD die Chance gegeben, sich an diesem breit aufgestellten Prozess zu beteiligen. Der in vielen Sitzungen entstandene Satzungsentwurf wird gerade in vier Stadtteilkonferenzen beschlossen und wird am 2. Juli auf einem Parteitag zur Abstimmung gestellt. Ich bin überzeugt, dass wir mit der Satzung den richtigen Weg gehen, hin zu einer modernen, gut aufgestellten Partei.

Ich besuchte seit dem Parteitag 2021 (wo ich zuletzt berichtete) sämtliche UBA- und UBV-Sitzungen, leider oft noch in digitaler Form.

Am 30. Mai werde ich einen Antragsworkshop veranstaltet haben, um mehr Menschen zu begeistern, ihre Ideen als Anträge in die inhaltliche Debatte in der Partei einzubringen.

Gerne stehe ich den Mitgliedern und Ortsvereinen weiterhin zur Verfügung, insbesondere im Rahmen der in manchen Ortsvereinen angedachten Fusionen mit anderen OV's.

Weitere wahrgenommene Termine:

Wahlparty am 26. September 2021 (Wir haben gewonnen!)

Bezirksparteitag 9. Oktober 2021

Diverse Demonstrationen zum Krieg in der Ukraine

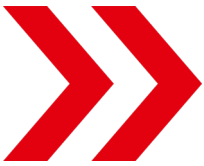
Demo Internationaler Frauenkampftag 8. März 2022

Demo zum Tag der Arbeit am 1. Mai 2022

Landesparteitag am 7. Mai 2022

Westkonferenz zur Satzungsreform 10. Mai 2022

und andere



Bericht Peter Carqueville

Beisitzer für den Arbeitsbereich Kommunikation und Öffentlichkeit

Seit meiner erneuten Wahl zum Pressesprecher unseres Unterbezirks 2021 habe ich meine Zeit folgenden Themen gewidmet:

- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: In den vergangenen 11 Monaten habe ich im Namen des Unterbezirks und in enger Abstimmung mit Entscheidungsträgern innerhalb und außerhalb der Partei 9 Pressemitteilungen verfasst. Davon wurden 8 Mitteilungen von lokalen Medien in der täglichen Berichterstattung berücksichtigt. Damit sehe ich mein persönliches Ziel als übererfüllt an, dass unsere Partei mit ihren Pressemitteilungen überhaupt wieder außerhalb unseres üblichen Publikums wahrgenommen wird. Das ist mein größter fortlaufender Erfolg in meiner Arbeit als Pressesprecher in den vergangenen 3 Jahren als gewählter Pressesprecher.

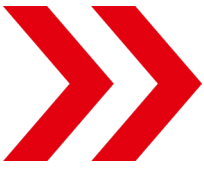
- Textarbeiten am Grün-Roten Koalitionsvertrag: Zusammen mit der Parteispitze der Grünen habe ich in enger Abstimmung mit unserem Verhandlungsteam die Ergebnisse der Koalitionsverhandlung sprachlich überarbeitet. Daraus ist ein 50-seitiges Dokument geworden, das anschließend von beiden Seiten angenommen wurde. Auf spdkassel.de habe ich den Koalitionsvertrag außerdem online ansprechend dargestellt, um mehr bieten zu können als das übliche Download-PDF-Dokument.

- Friedenskundgebungen: Zunächst aus persönlicher Initiative heraus, dann sehr schnell mit der großzügigen Hilfe sowie in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit dem Unterbezirk, habe ich die großen Friedenskundgebungen im März und April in Kassel organisiert. Dabei gelang es uns, rund 25.000 Euro Spenden für die Not- und Katastrophenhilfe Ukraine der Aktion Deutschland hilft zu sammeln. Die Friedenskundgebungen haben der SPD Kassel erhebliche Aufmerksamkeit verschafft und uns die Möglichkeit gegeben, unser politisches Profil zu schärfen. Mein Dank gilt allen, die mich in der Zeit persönlich unterstützt haben und von sich aus wertvolle Beiträge zur Kundgebung und Spendensammlung geleistet haben.

Insgesamt habe ich in 11 Monaten ungefähr rund 190 Arbeitsstunden in die Gestaltung und Ausführung meines Arbeitsbereiches im Vorstand investiert. Meine Ziele für die kommenden 12 Monate:

- Weitere Dezentralisierung der Öffentlichkeitsarbeit im Unterbezirk (Social Media-Team, Homepage-Aktualisierung)**
- Schulungen**
- Unterstützende Begleitung von Wahlkämpfen**

Meine erneute Kandidatur für diesen Arbeitsbereich mache ich vom Erfolg dieser Vorhaben abhängig.

**Rechenschaftsbericht von Beisitzerin Johanna Kindler**

Als Beisitzerin im Unterbezirksvorstand der SPD Kassel blicke ich auf ein ereignisreiches Jahr zurück. Meine Arbeit im Vorstand war besonders durch die Bundestagswahl, die Betreuung der Social-Media-Kanäle und die Vertretung der SPD Kassel auf Bundes- und Landesparteitag geprägt.

Bundestagswahlkampf:

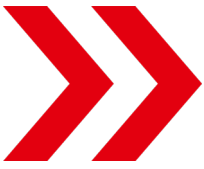
Der Bundestagswahlkampf in Kassel stand am Anfang des Jahres 2021 vor deutlichen Herausforderungen. Eine verlorene Kommunalwahl und schlechte Umfrageergebnisse haben das Engagement der Genoss*innen der Unterbezirke Kassel-Land und Kassel-Stadt jedoch nicht gebremst. Mit einer großflächigen Plakatierung im gesamten Stadtgebiet war Timon als Kandidat für den Wahlkreis und die SPD in jedem Stadtteil vertreten. Gemeinsam mit dem Vorstand, Katja Wurst, den Jusos und dem Unterbezirksbüro haben wir über mehrere Tage die Ständer vorbereitet und gekleistert, Ständer in den Stadtteilen platziert und zerstörte oder abgenutzte Plakate ersetzt.

Zu einem gelungenen Bundestagswahlkampf gehören Verteilaktionen an belebten Orten. Neben Frühverteilaktionen vor den Kasseler Berufsschulen (Max-Eyth-Schule, Paul-Julius-von-Reuther-Schule, Martin-Luther-King-Schule) und Abiturjahrgängen (Herderschule) haben wir auch am Stern und an der Universität Flyer verteilt. Am Wahlwochenende haben wir vor dem Spiel der MT-Melsungen und vor dem Spiel des KSV am Auestadion Flyer verteilt. Die Verteilaktionen stießen besonders vor den Spielen auf eine positive Resonanz und gute Gespräche mit den Bürger*innen aus Kassel und dem Umland.

Den CSD haben wir als SPD Kassel im letzten Jahr in der Innenstadt gefeiert. Auch wenn es keinen CSD Umzug hatten, an dem wir mit einem Wagen hätten teilnehmen können, haben wir den SPD-Infostand zu einem bunten SPD Regenbogenstand umgewandelt. Gemeinsam mit den Jusos Hessen-Nord, Jusos Kassel-Land und der SPD Queer haben wir in der Innenstadt Regenbogenballons verteilt und damit zu einer farbenfrohen Innenstadt beigetragen. Die Gespräche am Infostand waren neben kritischen Gesprächen aber vor allem von guter Laune geprägt. Über den gesamten Zeitraum hinweg hatten wir eine hohe Frequenz am Infostand mit vielen interessierten Wähler*innen.

Neben den klassischen Infoständen gab es im Wahlkampf auch zwei Veranstaltungen mit SPD-Politikern aus der Bundespolitik. Hubertus Heil kam auf einen „Kaffee mit Timon“ zum Platz des Obeliskens vor die Treppe 4 und mit Bürger*innen ins Gespräch. Auch Lars Klingbeil

kam zu einer Veranstaltung in die Innenstadt. Abgeschlossen wurde der Bundestagswahlkampf mit einer Kneipentour mit Jusos und jungen Genoss*innen auf der Friedrich-Ebert-Straße. Am Wahlsonntag konnten wir im Anschluss einen gewonnenen Bundeswahlkampf und ein fantastisches Ergebnis für den Wahlkreis Kassel feiern.

**Parteitage:**

Als Delegierte für den Unterbezirk Kassel Stadt durfte ich am Bundesparteitag der SPD teilnehmen und eine neue Bundesspitze, Bundesvorstand und Generalsekretär wählen. Auch wenn es ein digitaler Parteitag war, war es ein gelungener Parteitag. Im Onlineverfahren wurden Saskia Esken und Lars Klingbeil zu neuen Vorsitzenden gewählt. Kevin Kühnert wurde Generalsekretär der SPD.

Die Landesparteitage konnten in Präsenz in Offenbach und Marburg stattfinden. Gemeinsam mit der Delegation sind wir 2021 nach Offenbach und 2022 nach Marburg gefahren. Beide Parteitage wurden in Fußballstadien abgehalten.

Social-Media-Kanäle:

Im Vorstand darf ich Sebastian Fiedler bei der Arbeit auf Instagram und Facebook unterstützen. Dort können wir Bürger*innen, Genoss*innen und Interessierten unsere Arbeit in Kassel präsentieren. Im Rahmen der Bundestagswahl haben wir zur Wahl aufgerufen und das Corporate Design der Bundes SPD übernommen. Besonderes Anliegen ist es, wichtige Feier-, Gedenk-, und Erinnerungstage aufzunehmen und damit deutlich zu machen, dass die SPD Kassel als Volkspartei wichtige Ereignisse aufnimmt und bedenkt. Außerdem haben wir mit vielen Genoss*innen an der Kampagne #wirsindvielegegenrechts teilgenommen und haben damit mehr als 1500 Menschen erreicht hat.

Friedenskundgebung:

Ein besonderes Anliegen war mit Peter und den Vorstand bei der Organisation der Friedenskundgebungen in Kassel zu unterstützen. Tausende Teilnehmer sind wöchentlich zu den Kundgebungen nach Kassel gekommen und sind für Frieden und Demokratie auf die Straße gegangen. An den Kundgebungen als Ordnerin teilzunehmen, diese über unsere Social-Media-Kanäle zu begleiten und Peter bei der Organisation von Spendengeldern zu unterstützen, war mir sehr wichtig.

Fazit

Mein erstes Jahr im Unterbezirksvorstand war durch die Bundestagswahl geprägt. Festzustellen bleibt, dass die Wintermonate durch die Corona-Situation wieder dazu führen mussten, dass sich die Arbeit in der SPD ins digitale verschiebt. Dies stört Planung und Durchführung von Aktionen, die die gesamte Partei mitnimmt und einschließt. Daran muss weiterhin gearbeitet werden. Mit den hybriden Formaten wurde jedoch ein Weg gefunden, so vielem Genoss*innen wie möglich, eine Teilnahme zu bieten. So konnte ich auch an UBAs teilnehmen, wenn durch Seminare an der Universität oder längerer Arbeitszeit keine Möglichkeit gewesen wäre, vor Ort zu sein.

Mit dem Blick auf das nächste Jahr, freue ich mich auf die weitere Arbeit im Unterbezirksvorstand der SPD Kassel.

**Bericht der Beisitzerin des Unterbezirksvorstandes Kassel Stefanie Woborschil****Bericht Stefanie Woborschil****Beisitzerin SPD Unterbezirk Kassel-Stadt**

Seit einem Jahr bin ich nun Mitglied des Vorstands als Beisitzerin der SPD Kassel-Stadt. Bis heute ist unsere politische Arbeit geprägt von der Coronalage. In Folge dessen haben die meisten Sitzungen (UBV und UBA) digital stattgefunden. Im Vergleich zu meiner Zeit bei der SPD Osnabrück hat hier natürlich, wie vielen anderen, die gemeinsame Zeit in Präsenz gefehlt. Seit der Klausurtagung im letzten Oktober, die die erste Veranstaltung in Präsenz gewesen ist, haben die gemeinsamen Treffen und das gestalten der innerparteilichen Arbeit zugenommen. Für mich ist damit klar, dass Politik am besten im direkten Kontakt funktioniert.

In unserem erfolgreichen Bundestagswahlkampf habe ich gemeinsam mit anderen Genoss*innen Infomaterial verteilt und Menschen von unserer Politik überzeugt – ob in verschiedenen Stadtteilen oder am zentralen Infostand in der Innenstadt.

Bei den von Peter organisierten Friedenskundgebungen habe ich als Ordnerin teilgenommen.

Ein großes Thema, das ebenfalls während der Pandemie verstärkt aufgekommen ist, ist die Organisation von verschiedenen rechtsextremen Gruppen, die gehäuft auch als „Spaziergänger“ aufgetreten sind. Für die SPD Kassel habe ich daher am „Runden Tisch Rechtsextremismus“ teilgenommen, weil mir der Kampf gegen rechte Strukturen in Kassel besonders wichtig ist. In Zukunft möchte ich meine Arbeit hier vertiefen.

Darüber hinaus möchte ich mich gerne mit den verschiedenen Aktivist*innengruppen vernetzen, die für die Verkehrswende in Kassel eintreten. Als Mutter und überzeugte Fahrradfahrerin ist sicherer Verkehr für mich und meine Kinder unabdingbar – hier gilt es auch für mich, die verschiedenen Gruppen von der guten Arbeit der SPD in der Stadt zu überzeugen, anstatt das Thema nur den Grünen zu überlassen.

Mit solidarischen Grüßen

Stefanie Woborschil

Beisitzerin



Rechenschaftsbericht von Ausländerbeauftragter Thevagar Mohanadhasan

Als Ausländerbeauftragter im Unterbezirksvorstand der SPD Kassel schaue ich zurück auf ein aufregendes und arbeitsreiches Jahr. Mein Einsatz im Vorstand war besonders durch die Unterstützung der Organisation und Kommunikation der SPD Kassel in der Tagespolitik und bei der Gestaltung und Umsetzung des Partizipation-Prozesses zur Satzungsreform geprägt.

Wahlkampf und Ehrenamtsförderung:

Bei der dem Bundestagswahlkampf in Kassel. War eines der primären Ziele das Reaktivieren von eingeschlafenen Partei-Ehrenamtsstrukturen und die Motivation und Unterstützung von Neumitgliedern nach dem weitest gehenden Shutdown aller Präsenz-Partei-Veranstaltungen. Viele junge Mitglieder haben in den vergangenen zwei Jahren Schwierigkeiten gehabt richtig Fuß zu fassen in der Partei und kannten für viele Monate nur digitale Austauschformate. Der Bundestagswahlkampf war einer der ersten großen Gelegenheiten, diesen Zustand aufzubrechen und wieder zurück auf die Straßen zugehen für Infostände und Wahlkampf Veranstaltungen. Seit dem haben eine Reihe von hybriden und Präsenzveranstaltungen an denen ich mitgewirkt habe und neue Mitglieder bei dem Einstieg in unsere Partei unterstützt habe.

Parteitage und Reformprozess:

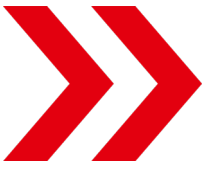
Bei dem vergangenen Parteitag und in den vergangenen Jahren wurde ein Prozess zur Reform der Satzung der Kasseler SPD initiiert. Bei dieser Satzungsreform geht es um die Frage, wie wir die Partei und unsere Strukturen fit für die politische Arbeit der Zukunft machen können. Durch inhaltliche Impulse und mein Mitwirken an Partizipationsveranstaltungen habe ich im vergangenen Vorstandsjahr an der Gestaltung dieses Prozesses aktiv mitgewirkt.

Vielfalts-Mentoring der SPD Kassel

Zu Beginn des Jahres 2022 ist das Projekt: „Vielfalt in der Kassler SPD“ stärken gestartet. Es zielt darauf ab Begegnungsmöglichkeiten und Anlässe zur Zusammenarbeit zwischen den OV's und Menschen aus der migrantischen Nachbarschaft durch Veranstaltungen schaffen. Zusätzlich wird durch ein Mentoren-Programm, das parteipolitisch erfahrene Genoss*innen mit engagierten Menschen mit Einwanderungsgeschichte aus den Stadtteilen zusammenbringt dazu beitrage, neue Mitglieder für die Partei zu gewinnen. Dieses Projekt leite ich in meiner Funktion als Ausländerbeauftragter.

Krieg in der Ukraine und Friedensdemonstrationen:

Der völkerrechtswidrige Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine, war eine persönliche Zäsur für mich in meiner ehrenamtlichen Parteiarbeit. Für mich, der in einem friedlichen und vereinten



Europa aufgewachsen war erschütterte der Beginn des Krieges meine feste Überzeugung in Multilateralismus und friedensorientierter Außenpolitik und Sicherheitspolitik. Die Hilflosigkeit mit der man aus der Ferne den Schrecken des Krieges zu schauen konnte, machte mich sprachlos. Gemeinsam mit zahlreichen Ehrenamtlichen und Genoss*innen unterstützte ich diverse Hilfsaktionen für die Geflüchteten aus der Ukraine. Diese reichten von dem Versand von Hilfsgütern, bis hin zu der privaten Unterstützung und Beratung von ehrenamtlichen Gastfamilien bei der Versorgung von ankommenden Geflüchteten. Die erste Friedensdemonstration, die nach Beginn des Krieges am Rathaus stattfand wurde von den Kasseler Jusos und den weiteren Parteijugendorganisationen ebenfalls von mir mitorganisiert. Bei den folgenden Großdemonstrationen, die wir als SPD mitorganisierten, wirkte ich mit.

Fazit

Das vergangene Jahr im Unterbezirksvorstand war für mich stark durch den persönlichen Austausch zu aktuellen Entwicklungen innerhalb und außerhalb der Partei geprägt. Über meine Arbeitsthemenschwerpunkte Migration und gesellschaftliche Vielfalt hinaus habe ich mich dabei insbesondere mit dem Tagesgeschäft in der kommunalen parteipolitischen Arbeit beschäftigt. Besonders gefreut hat mich, dass ich im Zuge des letzten Hessengipfels in die Programmkommission der Hessen SPD berufen wurde. Als Leiter der AG Geschlechtergerechtigkeit, Diversität und Vielfalt bringe ich dabei meine Erfahrungen als Ausländerbeauftragter der Kasseler SPD Kassel in den das zukünftige Landtagswahlprogramm ein. Für das weitere Vorstandsjahr plane ich die Umsetzung des Vielfaltsprojekts und dem Einbringen weiterer integrationspolitischer Impulse in die innerparteiliche Diskussion. Ich freue mich auf die weitere Arbeit und das kommende Jahr im Unterbezirksvorstand der SPD Kassel.

**Ortsvereins- und Arbeitsgemeinschaftsvorsitzende**

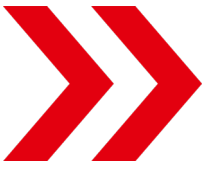
Stand: Juni 2022

Vorsitzende der Ortsvereine

Ortsverein	Vorsitzende/r
Altkassel-Bettenhausen	Volker Zeidler
Brasselsberg	Dr. Cornelia Janusch
Fasanenhof	Manfred Merz
Forstfeld	Esther Kalveram
Harleshausen	Reinhard Wintersperger
Holland	Johannes Knöfel
Jungfernkopf	Dr. Günther Schnell
Kirchditmold	Thomas Platzek
Niederzwehren	Petra Ullrich
Nordshausen	Christian Knauf
Oberzwehren	Philipp Humburg
Philippinenhof/W.	Stefan Markl
Rothenditmold	Daniel Aleksic
Südstadt	Andreas Dietz
Süsterfeld/H.	Jens Retting-Frendeborg
Vorderer Westen	Steffen Hunold
Waldau	Dirk Seeger
Wehlheiden	Annette Busse
Wesertor	Michael Rudolph
Wilhelmshöhe	Armin Ruda
Wolfsanger/H.	Wolfgang Decker

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaften

Arbeitsgemeinschaft	Vorsitzende/r
AG 60plus	Norbert Sprafke
AfA	Anja Möller
AsJ	Wolfgang Schwerdtfeger
Jusos	Ilyas Yassin
ASF	Ramona Kopec



Bericht der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen – AfA

Bedingt durch die Pandemie fanden die normalerweise monatlichen Treffen nicht immer statt.

Im September 2021 wurde der neue Vorstand gewählt. Anja Möller als neugewählte Vorsitzende, Dieter Seidel und Andreas Dietz als die beiden Stellvertreter. Andreas Dietz hatte zuvor die AfA in den letzten Monaten kommissarisch geleitet, da der zuvor gewählte Vorsitzende aus beruflichen Gründen ausschied. Dafür danken wir Andreas ausdrücklich!

Im Oktober und November fanden die geplanten Sitzungen statt. Im Dezember auch das üblich stattfindende Weihnachtsessen.

Im März 2022 fand das erste Treffen in diesem Jahr statt.

Die 8-10 April stattfindende Bundeskonferenz in Bad Kreuznach wurde durch Anja Möller, Andreas Dietz, Ludwig Vogt und Dieter Seidel der AfA Kassel-Stadt vertreten.

In unserer Sitzung im April haben wir die Bezirkssitzung im Mai vorbereitet.

Bei der Kundgebung am 01.Mai waren wir auch stark vertreten. Es ist wichtig als SPD und als AfA sichtbar in der Öffentlichkeit zu sein.

Für den Sommer 2022 plant die AfA ein Sommerfest. Hier würden wir uns freuen, wenn uns viele Genossen bei der gelungenen Umsetzung unterstützen.

Auch wirbt die AfA immer um Mitglieder aus den verschiedensten Berufen. So werden Probleme in den unterschiedlichen Berufsfeldern der Arbeitswelt erkannt und wir können durch Anträge etwas bewirken. Auch ist das Rentensystem ein immer wiederkehrendes Problem in unseren Sitzungen. Daher sind selbstverständlich auch Rentner herzlich willkommen. Jung und Alt, gemeinsam können wir etwas bewegen!

Helft uns mit zu gestalten und arbeitet gern bei uns mit!

Solidarische Grüße

Anja Möller



Bericht der AG 60 plus

In der Regel trifft sich die AG 60 plus seit Jahrzehnten monatlich. Unter den Bedingungen der Pandemie ist dies leider nicht möglich gewesen. Auch war es nicht möglich, die Präsenz-Sitzungen durch online-Formate zu ersetzen. Zwei Versuche scheiterten, weil die Teilnahme spärlich war.

In den Monaten, in denen es möglich war, haben wir das Fenster der Gelegenheit genutzt. Im Sommer 2021 konnten wir Veranstaltungen mit Timon Gremmels, Sebastian Fiedler (Analyse der Bundestagswahl) durchführen, in einer Veranstaltung haben wir uns zudem intensiv mit der Situation der Pflegeindustrie beschäftigt.

Nach der Wintersperre waren Ron Hendrik Hechelmann (Die Kasseler SPD nach den und vor den Wahlen); Ramona Kopec und Wolfgang Decker (Kommunalpolitik) und Timon Gremmels (Neue Energie für Deutschland) Gäste in unseren Veranstaltungen. Die AG wurde gut betreut durch Johannes Knöfel.

Wir hoffen, dass wir nach der Sommerpause mit Neuwahlen des Vorstandes die Arbeit der AG fortsetzen können und ebenso unser erfolgreiches Kulturprogramm wieder aufnehmen können.

Norbert Sprafke



Antragspatinnen und Antragspaten			
2019			
Antragsnummer	Antragstitel	Name	Stand
Leit-antrag 1	Einrichtung einer Arbeitsgruppe Kommunalprogrammprozess	Ron Hechelmann	Erfolgt durch vier Stadtforen im Stadtgebiet
EU1	Europäische Datensteuer einführen	Enrico Schäfer	
B2	Die SPD setzt sich für die Bewahrung unser natürlichen Lebensgrundlagen ein - Klimawandel und Klimaschutz	Ron Hechelmann	Erledigt durch Klimaschutzplan der Bundesregierung 2019
B4	Verbesserung der Situation junger pflegender Menschen	Teslihan Ayalp	
B5	Konsequente Unterbindung von Rüstungsexporten an unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligte Staaten		
B9	Gleichbehandlung der Schöffen	Ron Hechelmann	Bundesparteitag 2019: Überweisung als Material an SPD-Bundestagsfraktion
B10	Beitragsrecht	Dieter Seidel	Beide Anträge haben sich durch die Annahme des PV I auf dem Bundesparteitag erledigt. Das durch das Bundesarbeitsministerium angestoßene Gesetzgebungsverfahren zur Doppeltverbeitragung der Betriebsrenten ist zwischenzeitlich von Bundestag und Bundesrat verabschiedet. Ich würde hier mal von einem 80%-Erfolg sprechen
B12	Rentensystem umbauen	Dieter Seidel	Beide Anträge haben sich durch die Annahme des PV I auf dem Bundesparteitag erledigt. Das durch das Bundesarbeitsministerium angestoßene Gesetzgebungsverfahren zur Doppeltverbeitragung der Betriebsrenten ist zwischenzeitlich von Bundestag und Bundesrat verabschiedet. Ich würde hier mal von einem 80%-Erfolg sprechen



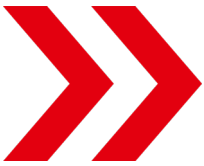
B13	Schieneninfrastruktur	Ron Hechelmann	Bundesparteitag 2019: Überweisung an SPD-Parteivorstand Forum „Mobilität der Zukunft“
B16	Hartz IV Reform überfällig	Dieter Seidel, Teslihan Ayalp	Mit der Annahme des Sozialstaatkonzeptes, Parteitag Februar 2019, hat sich der Antrag B16 (weitgehend) erledigt.
B17	Keine Rekrutierung Minderjähriger		
B18	Mindestlohn für Langzeitarbeitslose	Teslihan Ayalp	
B19	Neuausrichtung der SPD		
L1	Bürgerbegehren reformieren	Ron Hechelmann	
K1	Gendergerechte Sprache in der Verwaltung	Ramona Kopec	
K4	Umdenken und Handlungsnotwendigkeit in der Drogenpolitik	Rabani Alukezei	
K7	Diakonie-Ticket weiterentwickeln	Rabani Alukezei	Umsetzung mit dem Kasseler Sozialticket
K9	Lehrschwimmbad Hupfeldschule	Rabani Alukezei	Der Magistrat beabsichtigt den Bau eines Zentralbades für die Schulen neben der Luisenschule.
K11	Den Radverkehr in Kassel voranbringen	Rabani Alukezei	Antwortschreiben von Timon erhalten
K12	Lebensmittelverschwendung eindämmen	Ramona Kopec	
K13	Energie und Klimaschutz	Ron Hechelmann	Lag Franziska Giffey vor nach Aussage des Ministeriums
K14	Gebäudewirtschaft und Klimaschutz	Ron Hechelmann	
K16	Ernährung und Klima in Kassel	Ramona Kopec	Antwortschreiben von Timon erhalten
O1	Diskussionskultur einladender gestalten	Clara Wohltmann	
O5	UBAs langfristig terminieren	Ron Hechelmann	umgesetzt
O7	Für mehr Ideen in der Öffentlichkeitsarbeit	Peter Carqueville	
O8	Zeitliche Begrenzung von Grußworten	Andreas Dietz, Enrico Schäfer	
O9	Öffnung der innerparteilichen Demokratie	Andreas Dietz	abgelehnt auf Bezirksparteitag
O11	Urwahl der Kanzlerkandidat*in	Enrico Schäfer	



O12	Kasseler Manifest	Ron Hechelmann	Bundesparteitag 2019: Punkt I und II angenommen und Punkt III an SPD Bundestagsfraktion überwiesen
I1	Uni Kassel unbefristet!	Ron Hechelmann	Resolution wurde an Initiative übergeben und durch Fraktion in Stadt und Landtag unterstützt
I2	Fortsetzung der sozialen, demokratischen und ökologischen Reformpolitik in Kassel	Ron Hechelmann	umgesetzt
2020			
Antragsnummer	Antragstitel	Name	Stand
B1	Mietenexplosion eindämmen- endlich wirksame Instrumente der Wohnungs- und Bodenpolitik schaffen.	Teslihan Ayalp	Beschluss Landesparteirat 2020, Bundesparteitag Dez. 2021, Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
B2	Erbschaftssteuer auf Betriebsvermögen	Ron Hechelmann	Bundesparteitag Dez. 2021, Erledigt durch Beschlusslage (Zukunftsprogramm)
B3	Promovieren ermöglichen	Ron Hechelmann	Bundesparteitag Dez. 2021, Überweisung an SPD Bundestagsfraktion
B4	Mehr Sicherheit – Weniger Befristungen	Andreas Dietz	Bundesparteitag Dez. 2021, Erledigt durch Zukunftsprogramm
B6	Gerechtigkeit für Zentralafrika	Ron Hechelmann	Bundesparteitag Dez. 2021, überwiesen an SPD-Gruppe im Europaparlament
B7	KFZ-Temporegelungen in der Bundesrepublik Deutschland	Ron Hechelmann, Andreas Dietz	Bundesparteitag Dez. 2021, Erledigt durch Zukunftsprogramm Kap. 2.2
B8	Ergänzung der Maßstäbe der KFZ-Steuer	Ron Hechelmann	Bundesparteitag Dez. 2021. Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
I1	Arbeitsgemeinschaften in der SPD	Andreas Dietz	Beschluss Parteivorstand 08.06.2020, Bundesparteitag Dez. 2021, Erledigt durch Richtlinie für die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der SPD gemäß § 10 des Organisationsstatuts der SPD, Beschlossen durch den Parteivorstand am 8. Juni 2020
I2	Kampf gegen Rassismus ist Zivilcourage!	Andreas Dietz	
I3	Resolution der Mitgliederversammlung der Kasseler SPD		



	zum Standorterhalt von GE Grid in Kassel		
K1	Weiterentwicklung der Altenpflege / Herausforderung für die Stadtgesellschaft	Peter Carqueville	
K2	Aktiver Klima- und Artenschutz - „Sedum“ für Kassels Haltestellendächer	Ron Hechelmann, Andreas Dietz	
K3	5000 Bäume für Kassel bis 2024	Ron Hechelmann	Wahlprogrammkommission
K4	Solidarische Drogenstrategie für Kassel	Teslihan Ayalp	
K5	Plattform: Zukunft der Mobilität in Kassel		
K6	Ist die Umwelt heiß, vergib einen Umweltpreis	Ron Hechelmann	13.12.2021 StaVo, Beschluss Klimaschutzpreis
K7	Informationskampagne zur Kommunalwahl für EU-Bürger*innen		überwiesen an Wahlprogrammkommission“
K8	Europäische Jugendbegegnungen fördern und internationale Jugendarbeit stärken		
O1	Nachhaltigkeitscheckliste für Parteiveranstaltungen		
O2	ÖPNV für Alle		überwiesen an UBV
R1	Kampf gegen Rechtsextremismus verstärken	Teslihan Ayalp	Beschluss Landesparteirat 2020, Bundesparteitag Dez. 2021, Überweisung an SPD-Parteivorstand und SPD-Bundestagsfraktion
R2	Ernährungswende wagen und gestalten!	Ron Hechelmann	Verschoben auf Landesparteitag 2021, Bundesparteitag Dez. 2021, Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
2021			
Antragsnummer	Antragstitel	Name	Stand
B1	Rentenpolitik – Kurswechsel!		erledigt durch Zukunftsprogramm
L1	Ladenöffnungszeitengesetz anpassen		Abgelehnt auf Landesparteitag am 07.05.2022
K3	Tempolimit auf A 49 für mehr Lärmschutz		Weiterleitung an Facharbeitsgruppen Umwelt und Verkehr
K5	5 Jahre Befristung sind genug	Andreas Dietz	



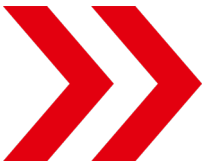
K7	Streaming der Stadtverordnetenversammlung	Ron Hechelmann	Interfraktionelle AG Digitalisierung hat den Bedarf für Streaming beim OB angemeldet
O1	SPD-Kassel - mit mehr Vielfalt zur Kommunalwahl 2026		Satzungsändernder Antrag UB-Parteitag 02.07.22
O2	Weiterentwicklung der Stadtteilforen	Peter Carqueville, Hannes Knöfel	
O3	Antrag Doppelspitze		Satzungsändernder Antrag UB-Parteitag 02.07.22

**WV** Wahlvorschläge**Ordentlicher Unterbezirksparteitag am 02.07.2022**

Wahlvorschlag WV 1	Delegierte Bundesparteitag		
	Name	Ortsverein	vorgeschlagen von
	Busse, Annette	Wehlheiden	Wehlheiden
	Hechelmann, Ron-Hendrik Dr.	Holland	Vorderer Westen
	Kindler, Johanna	Vorderer Westen	Jusos, Vorderer Westen
	Nitsch, Andreas	Wehlheiden	Wehlheiden
	Yassin, Ilyas	Oberzwehren	Jusos

Wahlvorschlag WV 2	Delegierte Landesparteitag		
	Name	Ortsverein	vorgeschlagen von
	Alekuzei, Rabani Dr.	Wehlheiden	Wehlheiden
	Busse, Annette	Wehlheiden	Wehlheiden
	Dollinger, Lisa	Wolfsanger/H.	Jusos
	Glaser, Lukas	Vorderer Westen	Vorderer Westen
	Heß, Niklas	Waldau	Jusos
	Hunold, Steffen	Vorderer Westen	Vorderer Westen
	Kindler, Johanna	Vorderer Westen	Jusos, Vorderer Westen
	Koch, Manon	Altkassel-Bettenhausen	Jusos
	Krause, Vera	Süsterfeld/H.	Jusos
	Lang, Mario	Vorderer Westen	Vorderer Westen
	Nitsch, Anderas	Wehlheiden	Wehlheiden
	Riesche, Maurice	Vorderer Westen	Vorderer Westen
	Schramm, Benjamin	Brasselsberg	Jusos
	Yassin, Ilyas	Oberzwehren	Jusos

Wahlvorschlag WV 3	Delegierte Bezirksparteitag		
	Name	Ortsverein	vorgeschlagen von
	Busse, Annette	Wehlheiden	Wehlheiden
	Dollinger, Lisa	Wolfsanger/H.	Jusos
	Engel, Matthias	Kirchditmold	Kirchditmold
	Glaser, Lukas	Vorderer Westen	Jusos, Vorderer Westen
	Gutt, Vincent	Wesertor	Jusos
	Handke, Robert	Südstadt	Jusos
	Harms, Gesa	Vorderer Westen	Vorderer Westen
	Heß, Niklas	Waldau	Jusos
	Hunold, Steffen	Vorderer Westen	Vorderer Westen



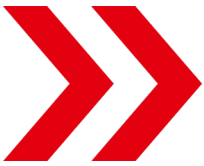
	Kindler, Johanna	Vorderer Westen	Jusos, Vorderer Westen
	Koch, Lars	Altkassel-Bettenhausen	Jusos
	Koch, Manon	Altkassel-Bettenhausen	Jusos
	Krause, Vera	Süsterfeld/H.	Jusos
	Lang, Mario	Vorderer Westen	Vorderer Westen
	Mohanadhasan, Thevagar	Altkassel-Bettenhausen	Jusos
	Nitsch, Andreas	Wehlheiden	Wehlheiden
	Perez Rivas, Nuria	Philippinenhof/W.	Jusos
	Riesche, Maurice	Vorderer Westen	Vorderer Westen
	Schramm, Benjamin	Brasselsberg	Jusos
	Yassin, Ilyas	Oberzwehren	Jusos

Wahlvorschlag WV 4	Parteikonvent		
	Name	Ortsverein	vorgeschlagen von
	Kindler, Johanna	Vorderer Westen	Jusos
	Yassin, Ilyas	Oberzwehren	Jusos

**Meldungen der Ortsvereine für die Antragsprüfungs- und Zählkommission**

Ortsverein	Antragsprüfungskommission	Zählkommission
Altkassel-Bettenhausen		
Brasselsberg		
Fasanenhof		
Forstfeld		
Harleshausen		
Holland	Dilara Sen	Hanife Coban-Yildiz Johannes Knöfel
Jungfernkopf		
Kirchditmold		
Niederzwehren		
Nordshausen	Christoph Zeidler	
Oberzwehren		
Philippinenhof/W.		
Rothenditmold		
Südstadt	Andreas Dietz	Robert Handke
Süsterfeld/H.	Jens Retting-Frendeborg	Wolfgang Schwieder
Vorderer Westen		
Waldau		
Wehlheiden		
Wesertor		
Wilhelmshöhe/W.		
Wolfsanger/H.		
AG 60 plus		
AfA		
AsF		
AsJ		
Jusos		

Vorsitzende der Antragsprüfungskommission:**Vorsitzender der Zählkommission:**



Antragsnummer	B1
Antragssteller	UBV
Betreff	Aus- und Weiterbildungswohnheime ausbauen
Adressat	SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt, SPD Fraktion Kassel, SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD Landesparteitag

1 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

2

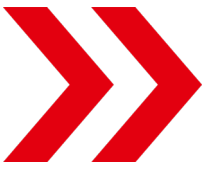
3 **Zur Sicherung von Fachkräften und der Stärkung von Aus- und Weiterbildung in Berufsfeldern mit**
4 **einem akuten Personalmangel wird das Wohnungsangebot in Wohnheimen mit günstigen**
5 **Warmmieten ausgebaut. Menschen in Weiterbildung oder Umschulungsprogrammen erhalten Zugriff**
6 **auf günstigen Wohnraum analog zu Auszubildenden und Studierenden. Die SPD setzt sich für**
7 **verstärkte Landes- und Bundesförderung ein.**

8

9 **Begründung:**

10

11 **Handwerker*innen sind der Schlüssel für die Umsetzung der Klimastrategie von Kommunen,**
12 **Unternehmen und Bürger*innen, Kranken- und Altenpfleger*innen sind wichtige Stützen für alte und**
13 **ranke Menschen, Erzieher*innen leisten einzigartige Sorgearbeit für die Kinder unserer Gesellschaft**
14 **und viele weitere Berufe sind maßgeblich für den Erfolg und Wohlstand unserer Gesellschaft**
15 **verantwortlich. In vielen Berufen fehlt der Nachwuchs und die Arbeitsbelastung für die Einzelnen**
16 **nimmt stark zu. Neben einer besseren Bezahlung für die Berufsgruppen ist eine wichtige Aufgabe die**
17 **Aus- und Weiterbildungsangebote in den Berufsgruppen mit Nachwuchsmangel zu stärken. Knapper**
18 **Wohnraum und hohe Mieten können Menschen von einer Aus- oder Weiterbildung in den Städten**
19 **abhalten. Daher ist es die Aufgabe der Sozialdemokratie die besten Rahmenbedingungen für gute**
20 **Arbeit für die Menschen zu schaffen.**



Antragsnummer	B2
Antragssteller	Jusos
Betreff	Transparente Lobbyarbeit auf Bundesebene
Adressat	Juso-Bundeskonferenz, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

1 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

2

3 **Den Bürger*innen unseres Landes muss bei (öffentlich) politischen Meinungen beziehungsweise**
4 **Entscheidungen die Möglichkeit gegeben werden, Einsicht in möglicherweise bestehende oder**
5 **potenzielle Geschäftsbeziehungen zwischen Politiker*innen und entsprechenden Unternehmern zu**
6 **bekommen. Dabei sollen Informationen, näher beschrieben als die vollständige Transparenz der**
7 **geschäftlichen Beziehungen dargelegt werden. Dafür bedarf es eines verbindlichen Lobbyregisters, für**
8 **das es bisher keine ausreichende gesetzliche und damit allgemeingültige Regulierung gibt.**

9

10 **Begründung:**

11

12 **Sofern kein verbindliches Lobbyregister eingeführt wird, kann dies zu einem politischen Verlust des**
13 **Vertrauens innerhalb der Gesellschaft führen. Wenn die Lobbyarbeit transparenter gestaltet wird, so**
14 **führt dies in eine positive und damit umgekehrte Richtung. Zudem sollten politische Entscheidungen**
15 **vorrangig nicht aus Korruption heraus entstehen. Dazu gehören beispielsweise Geschenke oder**
16 **Vorteile sonstiger Art.**

17 **Lobbyismus basiert in Deutschland auf festgefahrenen Strukturen und Ungleichheiten in Bezug auf**
18 **Machtverhältnisse. Es darf nicht vergessen werden, dass es Akteure gibt, die privilegierte Zugänge**
19 **besitzen, wenn es darum geht, in Richtung der Politik zu agieren. Genannt werden können hier unter**
20 **anderem Unternehmen sowie Verbände, die der Wirtschaft nahestehen.**

21 **Sie können nicht unerhebliche Mittel zum Einsatz bringen, wobei jedoch entsprechende Interessen**
22 **eher auf einem speziellen Geschäftsmodell oder Partikularinteresse der eigenen Branche beruhen.**
23 **Demgegenüber stehen Interessen, die vermehrt den Gedanken des Gemeinwohls verfolgen.**



24 **Die große Koalition reichte im März 2018 einen Gesetzesentwurf ein, der sich unter anderem auf die**
25 **Einführung eines Lobbyregisters bezieht. Kritisch hierzu können (nicht abschließend) Punkte**
26 **angemerkt werden, inwiefern dieses Vorhaben weiterhin unzureichend bleibt.**

- 27 - **Im Bereich der Beschlüsse von Gesetzen fehlt das Durchdringen durch Lobbyarbeit**
- 28 - **Zudem werden Lobbyzusammenkünfte durch Mitglieder der Regierung nach wie**
29 **vor nicht öffentlich gemacht**
- 30 - **Akteure der Lobbyarbeit sind weiterhin nicht dazu verpflichtet anzugeben, was mit ihrer**
31 **Lobbyarbeit bezweckt werden soll (Zielverfolgung)**
- 32 - **Zwar müssen Lobbybeschäftigte (hier: Abgeordnete, Regierung) ihre Auftraggeber angeben,**
33 **jedoch müssen Lobbyausgaben und Ziele nicht pro Auftrag ausgewiesen werden**
- 34 - **Auch ist es weiterhin möglich, Finanzierungsangaben und Auskünfte über Lobbyausgaben zu**
35 **verweigern**

36 **Damit wir als SPD weiterhin für Soziale Gerechtigkeit eintreten und dieser Gedanke auch**
37 **optimalerweise für jeden subjektiv eine Selbstverständlichkeit darstellt, müssen wir beim Thema**
38 **Lobbyismus einen gemeinsamen und sozial gerechten Weg gehen. Um Lobbyismus mit Sozialer**
39 **Gerechtigkeit zu vereinbaren, ist es daher nötig, politische Entscheidungen so auszurichten, dass alle**
40 **Einwohner unserer Nation davon profitieren können. Einseitige Firmeninteressen für einen**
41 **begrenzten (privilegierten) Personenkreis sollten somit vermieden werden. Es sollte für jedermann**
42 **möglich sein, sich abseits der Informationsbeschaffung über das politische Geschehen über Medien**
43 **ein angemessenes Meinungsbild über staatliche Entscheidungen über ein transparentes Lobbyregister**
44 **zu festigen. Nur so kann Politik einen wichtigen Beitrag für ein öffentlich seriöses Bild abgeben.**



Antragsnummer	B3
Antragssteller	Jusos
Betreff	Neue Unterhaltsberechnung bei Jugendlichen mit Dazuverdienst
Adressat	SPD-Bundesparteitag

1 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

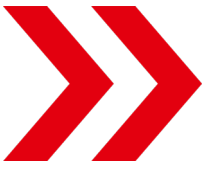
2 **Für die Gleichheit aller Jugendlichen, sowie zur Armutsminimierung in alleinerziehenden Familien**
3 **fordern wir, dass der Nebenverdienst von Jugendlichen (bis zu 450€ im Monat), welche sich in der**
4 **schulischen Ausbildung befinden, nicht mehr an den Elternunterhalt angerechnet wird.**

5

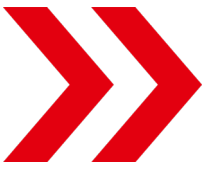
6 **Begründung:**

7

8 **Minderjährige Schülerinnen und Schüler dürfen neben ihrer schulischen Ausbildung einer bezahlten**
9 **Nebentätigkeit nachgehen. Für Jugendliche, deren Eltern getrennt leben, lohnt sich dies jedoch kaum,**
10 **denn ihr erzieltes Nebeneinkommen wird mit dem Elternunterhalt verrechnet. Dies trifft zwar auch**
11 **Jugendliche von zusammenlebenden Eltern zu, jedoch handelt es sich hierbei nicht Kindesunterhalt,**
12 **was an den jeweils „erziehenden“ Elternteil gezahlt wird, wie es bei getrennten Eltern der Fall ist. So**
13 **können bei einem Zuverdienst von 300€, ca. 130€ von dem Unterhalt des zu zahlenden Elternteils**
14 **abgezogen werden (40€ Aufwandspauschale + die Hälfte des Restverdienst = Anrechnungsfreies**
15 **Einkommen). Auf diesen Unterhalt können viele Alleinerziehende nicht verzichten, da gerade sie und**
16 **ihre Familien besonders häufig von Armut betroffen sind. Laut dem paritätischem Wohlfahrtverband**
17 **sind 20,5% aller in Deutschland lebenden Kinder und Jugendliche von Armut betroffen. Wenn der**
18 **Dazuverdienst von Jugendlichen an den Unterhalt angerechnet wird, hat dies zur Folge, dass gerade**
19 **Jugendliche, welche bei einem alleinerziehenden Elternteil leben, des Öfteren ihr Taschengeld nicht**
20 **aufbessern können, um ihre Lebenssituation zu verbessern. Deswegen brauchen wir eine Änderung**
21 **des Unterhaltsrechts, um die Situation von Jugendlichen, vor allem aber derer, die von Armut betroffen**



22 **sind, zu verbessern. Des Weiteren führt dies zu einer Ungleichheit zwischen Jugendlichen von**
23 **getrennten und zusammenlebenden Eltern. Diese können in einem geringfügigen Verhältnis**
24 **angestellt werden, ohne dass ihnen ihr Gehalt indirekt abgezogen wird. Die Eltern dürften dies zwar**
25 **„anrechnen“ (in Form von Sachleistungen oder Taschengeld) tun es aber, verständlicherweise, eher**
26 **selten. Damit alle Jugendliche, aller Schichten, mehr Gleichheit erfahren und auch leben, brauchen wir**
27 **eine Veränderung des Unterhaltsrecht in Punkto Anrechnung des dazu Verdiensts von Schülerinnen**
28 **und Schülern.**



Antragsnummer **B4**

Antragssteller **SPD-Ortsverein Südstadt**

Betreff **Obergrenze der Barzahlung einführen**

Adressat **SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt, SPD-Bezirksparteitag,
SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion,
MdB Timon Gremmels z.K., MdEP Udo Bullmann z.K.**

1 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

2 **Um Geldwäsche, Steuerflucht und Steuerbetrug, Drogenhandel und Terrorismus-Finanzierung**
3 **entgegenzutreten, soll die Obergrenze der Barzahlung in Deutschland auf 3.000 Euro festgelegt**
4 **werden.**

5

6 **Begründung:**

7

8 **Die meisten Länder in Europa haben bereits eine gesetzliche Obergrenze der Barzahlung festgelegt.**
9 **Am striktesten ist Griechenland mit einer Obergrenze von 500 Euro. Unser Nachbarland Frankreich hat**
10 **bereits seit 2015 eine feste Grenze bei 1.000 Euro. Weitere Länder mit einer Obergrenze der Barzahlung**
11 **sind: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Italien, Kroatien, Lettland, Malta, Niederlande, Polen, Portugal,**
12 **Rumänien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ungarn und Zypern. Litauen will ein ähnliches**
13 **Gesetz derzeit beschließen und umsetzen.**



Antragsnummer	B5
Antragssteller	Jusos
Betreff	Null Promille für alle
Adressat	SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landespartei- tag, SPD-Bundespartei- tag, SPD-Bundestagsfraktion

1 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

2 **Nach aktueller Rechtslage liegt gem. § 24a Abs. 1 StVG ab einem Blutalkoholwert von 0,5 ‰ eine**
3 **Ordnungswidrigkeit vor, eine Straftat gemäß § 316 StGB liegt ab einem Blutalkoholwert von 0,3 ‰**
4 **und zusätzlichen alkoholbedingten Ausfallerscheinungen oder ab 1,1 ‰ ohne zusätzliche**
5 **Ausfallerscheinungen. Bisher gilt die sog. Null-Promille-Grenze gem. § 24c Abs. 1 StVG nur während**
6 **der Probezeit oder bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres.**

7 **Für alle anderen Drogen gilt bereits jetzt nach § 24 Abs. 2 S. 1 StVG, dass ab jeder nachgewiesenen**
8 **Konzentration eine Ordnungswidrigkeit vorliegt, und dass auch ab jeder nachgewiesenen**
9 **Konzentration die Fahrerlaubnis gem. § 46 Abs. 1 FeV i.V.m. Anlage 4 Nr. 9.1 entzogen werden kann.**

10 **Diese Unterscheidung zwischen Alkohol und anderen Drogen im Straßenverkehr entbehrt jeglicher**
11 **Grundlage. Im Jahr 2019 starb laut Statistischem Bundesamt etwa jeder 13. getötete**
12 **Verkehrsteilnehmer infolge eines Alkoholunfalls. Insgesamt kamen 2019 228 Menschen bei einem**
13 **Alkoholunfall ums Leben. Schon geringe Mengen Alkohol beeinträchtigen bereits die Sehleistung, die**
14 **Aufmerksamkeit, das Reaktionsvermögen und erhöhen die Risikobereitschaft.**

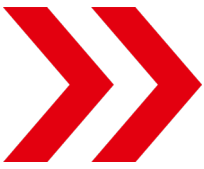
15 **In anderen europäischen Ländern wie Ungarn, Slowakei, Rumänien und Tschechien existieren bereits**
16 **umfassende Null-Promille-Grenzen.**

17 **Neben den fehlenden körperlichen Beeinträchtigungen ist ein weiterer Vorteil die klare psychologische**
18 **Grenze: Statt Pi mal Daumen zu überlegen, wie viele Gläser Wein oder Bier man trinken könnte, um**
19 **noch fahren zu dürfen, schafft eine Null-Promille-Grenze klare Verhältnisse.**

20 **Jede aufgrund eines Alkoholunfalls verletzte oder getötete Person, ist eine zu viel – deshalb: Null-**
21 **Promille-Grenze für alle!**



- 22 **Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich aus den vorgenannten Gründen dafür einsetzen, § 24a Abs. 1**
- 23 **StVG zu streichen und § 24a Abs. 2 S. 1 StVG wie folgt zu ändern:**
- 24 **„Ordnungswidrig handelt, wer unter der Wirkung von Alkohol oder eines in der Anlage zu dieser**
- 25 **Vorschrift genannten berauschenden Mittels im Straßenverkehr ein Kraftfahrzeug führt.“**
- 26 **Begründung:**
- 27 **Erfolgt mündlich.**



Antragsnummer **B6**

Antragssteller **SPD-Ortsverein Philippinenhof/Warteberg**

Betreff **Schieneinfrastruktur**

Adressat **An die Bundespartei**

1 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

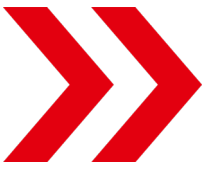
2 **Die SPD setzt sich für den Vorrang der Schiene bei der Verbesserung der Infrastruktur ein.**

3

4 **Begründung:**

5

6 **Seit den achtziger Jahren ist in das System Schiene unzulänglich investiert worden. Deutschland ist im**
7 **Jahr 1996 mit den Niederlanden und der Schweiz Verträge zum Schienenausbau eingegangen und hat**
8 **sie bis heute nicht umgesetzt. Während die Schweiz den Gotthardtunnel für 12 Mrd. SF fertiggestellt**
9 **hat und die Niederländer für ca. 10 Mrd. € Güterverkehrsstrecken gebaut haben, sind und werden in**
10 **Deutschland trotz veralteter Infrastruktur die Mittel in fragwürdige Großprojekte gesteckt.**
11 **Stattdessen wurden sogar noch ca. 5.000 km Gleise abgebaut. Das Ergebnis dieser Politik sind von**
12 **LKW's überfüllte Autobahnen, marode Straßen und Brückenbauwerke, die den Belastungen nicht**
13 **mehr standhalten. Im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn werden aktuell in Deutschland pro**
14 **Kopf in 69 Euro in die Schieneninfrastruktur investiert, in Schweden sind es 207 € und in der Schweiz**
15 **362 Euro. Selbst bei der Signal- und Sicherungstechnik arbeitet die Bahn immer noch mit der Technik**
16 **vom Beginn des letzten Jahrhunderts! In fast 1000 mechanischen und elektromechanischen**
17 **Stellwerken kontrollieren die Fahrdienstleiter Gleisfreiheit nur auf Sicht! Die Berechnung der**
18 **Wirtschaftlichkeit von Schienenstrecken geht auf die 80ziger Jahre zurück. In dieser Zeit wurden die**
19 **meisten Strecken in Deutschland stillgelegt. Leider ist auch nach dem Regierungswechsel in Berlin**
20 **noch kein echtes Umdenken zu erkennen.**



Antragsnummer **B7**

Antragssteller **SPD-Ortsverein Südstadt**

Betreff **Fackeln bei politischen Veranstaltungen verbieten**

Adressat **SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt, SPD-Bezirksparteitag,
SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, MdB Timon
Gremmels z.K.**

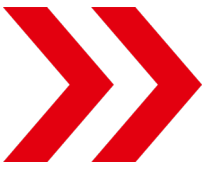
- 1 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

- 2 **Der Fackelmarsch vor das private Wohnhaus einer SPD-Landesministerin hat erneut gezeigt, dass bei**
- 3 **Demonstrationen, Kundgebungen oder anderen politischen Veranstaltungen das Mitführen von**
- 4 **Fackeln zukünftig verboten sein muss.**

- 5

- 6 **Begründung:**

- 7 **Erfolgt mündlich.**



Antragsnummer	B8
Antragssteller	SPD-Ortsverein Wehlheiden
Betreff	PKW-Größe begrenzen
Adressat	SPD Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD Landesparteitag Hessen, SPD Bundesparteitag, SPD Bundestagsfraktion

1 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

2 **Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Breite von PKW auf 2 m inklusive**
3 **Außenspiegel bei allen Neuzulassungen ab 2027 zu begrenzen.**

4 **Begründung:**

5 **Angesichts des ohnehin bereits knappen öffentlichen Parkraums, der durch alle Steuerzahlenden**
6 **bereitgestellt wird, ist die Breite von PKW zu begrenzen.**

7 **Durch die zunehmende Breite von PKW**

8 **- fallen Parkplätze weg, weil Autos nicht mehr nebeneinander passen,**

9 **- verengen sich Straßen, deren Breite durch bestehende Bebauungen und Gestaltungen gegeben**
10 **ist.**

11 **- PKW und andere Kraftfahrzeuge blockieren sich gegenseitig, z.B. in schmalen Straßen.**

12 **Dies stellt auch eine Herausforderung für die Städteplanung und Stadtentwicklung dar, der trotz**
13 **anhaltend steigender Neuzulassungen von PKW entweder durch den Wegfall von Parkplätzen oder**
14 **Einbahnstraßenregelungen begegnet werden kann.**

15 **Bereits jetzt sind mehr als zwei Drittel aller PKW breiter als 2m und dürfen damit beispielsweise nicht**
16 **mehr den linken Fahrstreifen in Baustellen mit weniger als zwei Metern Breite nicht mehr befahren,**
17 **da in den letzten 30 Jahren die Breite zwischen durchschnittlich 7% und 14% (Kleinwagen)**
18 **zugenommen hat.**



Antragsnummer	L1
Antragssteller	UBV
Betreff	Erhalt des Medienkonzeptzentrums Offener Kanal Kassel
Adressat	SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt, SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD-Landesparteitag Hessen

1 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

2 **Die SPD Kassel fordert die Hessische Landesregierung auf den Erhalt des Medienprojekt-zentrums**
3 **Offener Kanal Kassel (MOK) in Trägerschaft der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk (LPR)**
4 **sicherzustellen.**

5 **Begründung:**

6 **Seit 30 Jahren macht das MOK erfolgreiche Arbeit als Plattform lokaler Meinungs- und Medienvielfalt**
7 **für Bürger*innen in Nordhessen und als Ort der Vermittlung von Medienkompetenz. In der heutigen**
8 **Zeit gewinnt die Vermittlung von Medienkompetenz durch die Digitalisierung und Medialisierung**
9 **immer mehr an Bedeutung. Mit ihren medienpädagogischen Angeboten bietet das**
10 **Medienprojektzentrum Offener Kanal Kassel daher einen wichtigen Beitrag zur Medienbildung für alle**
11 **Altersgruppen.**

12 **Der Offene Kanal ist Impulsgeber für den Medienstandort Kassel und bietet „Fernsehen zum**
13 **Selbermachen“ für alle Bürgerinnen und Bürger Kassels. Unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen,**
14 **Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen haben im MOK die Gelegenheit mit der**
15 **professionellen Unterstützung von Medienprofis, regionales Fernsehen mit crossmedialen**
16 **Verbreitungsmöglichkeiten (TV, Internetstream, Mediathek) selbst zu gestalten. Das MOK leistet**
17 **somit nicht nur einen wichtigen Beitrag für unsere lokale Meinungs- und Medienvielfalt, sondern auch**
18 **für die Demokratie.**



Antragsnummer	L2
Antragssteller	Jusos
Betreff	Kein Geschichtsunterricht ohne die Frauenbewegung
Adressat	Juso Bezirkskonferenz, Juso Landeskonferenz, SPD Unterbezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

1 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

2 **Wir fordern die Eingliederung der Frauenbewegung als festen Bestandteil in den hessischen**
3 **Kerncurricula der Sekundarstufe I. Dafür soll die Frauenbewegung in das Inhaltsfeld „Epochenbezug**
4 **Neuzeit“ aufgenommen werden. Wichtige Inhalte der Frauenbewegung stellen dabei unter anderem:**

5 - **Die Frauenvereine/Frauenerwerbsvereine/Frauenbildungsvereine**

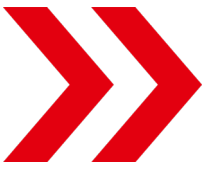
6 - **Die Frauenerwerb zur Zeit des Kaiserreichs**

7 - **Mädchenbildung/Die preußische Mädchenschulreform**

8 - **Der Kampf um das politische Stimmrecht dar. Welche weiteren Inhalte aufgenommen werden**
9 **können, muss unter Anbetracht der weiteren Geschichtsthemen berücksichtigt werden.**

10 **Begründung:**

11 **Die Hälfte der Bevölkerung ist weiblich. Trotzdem wird ihre Geschichte im hessischen**
12 **Geschichtsunterricht nicht vermittelt, denn der Schul-Unterricht im Bereich Geschichte ist immer noch**
13 **sehr Männerdominiert. Frauen sind ein wichtiger Bestandteil unserer Geschichte und sollten als**
14 **solches auch in unserem Bildungssystem anerkannt werden. Dass die Geschichte weiblicher**
15 **Persönlichkeiten, von Seitens des hessischen Kultusministeriums, in den Schulen ignoriert wird ist**
16 **nicht hinnehmbar. Deswegen brauchen wir die Frauenbewegung als festen Bestandteil im hessischen**
17 **Schulunterricht und in den hessischen Kerncurricula.**



Antragsnummer	L3
Antragssteller	SPD-Ortsverein Südstadt
Betreff	Ladenöffnungszeiten für Angestellte verbessern
Adressat	SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, MdL Esther Kalveram z.K.

1 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

2 **Das hessische Ladenöffnungsgesetz soll in §3 Abs. 1 dahingehend geändert werden, dass**
3 **Verkaufsstellen anstelle von bisher 0 bis 24 Uhr zukünftig nur noch von 6 bis 22 Uhr geöffnet haben**
4 **dürfen.**

5 **In Paragraf 4 sind Abs 1. und 2 dementsprechend anzupassen, so dass Apotheken und Tankstellen**
6 **davon weiterhin unberührt bleiben**

7

8 **Begründung:**

9

10 **Gerade nach dem Einsatz in der Pandemie verdienen die Einzelhandelsangestellten normalere**
11 **Arbeitszeiten und nicht nur reines Klatschen. Zwischen 6 und 22 Uhr bleiben 16 Stunden am Tag, um**
12 **einzukaufen, das reicht!**



Antragsnummer	K1
Antragssteller	SPD-Ortsverein Vorderer Westen
Betreff	Eine weitere Stelle für Streetworker in Kassel schaffen
Adressat	SPD Stavo-Fraktion Kassel, Unterbezirksvorstand, SPD Kassel-Stadt Unterbezirksparteitag

1 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

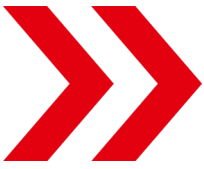
2 **Die Verwaltung der Stadt Kassel wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den sozialen Institutionen**
3 **in Kassel, die aufsuchende Jugendarbeit („Streetwork“) auszubauen und eine neue Stelle in Kassel zu**
4 **schaffen. Der Streetworker soll mit möglichst vielen weiteren Trägern, Organisationen und**
5 **Institutionen vernetzt sein. Notwendige Ressourcen soll die Stadt Kassel bereitstellen.**

6 **Begründung:**

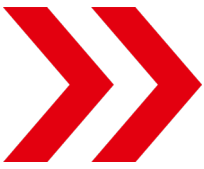
7 **Neben den Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die Jugendhäuser besuchen, sich in Vereinen**
8 **beteiligen und alles in allem eine Perspektive haben, gibt es auch Jugendliche und junge Erwachsene,**
9 **die durch die Raster unseres (Sozial-)Systems fallen. Ein oft wenig beachteter Teil der Jugendlichen und**
10 **jungen Erwachsenen steht verschiedenen Problemen wie einer mangelnden Fähigkeit zur**
11 **Alltagsbewältigung, Schulverweigerung oder Suchtproblemen gegenüber. Die Corona-Pandemie hat**
12 **diese Situation nochmal verschärft. Dieser Zielgruppe, nimmt sich Streetwork an. Sie schafft einen**
13 **möglichst niederschweligen Kontakt zu den Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die von**
14 **Institutionen, wie bspw. der Jugendhilfe oder der Bundesagentur für Arbeit, nicht erreicht werden.**

15 **Das Ziel von Streetwork ist es, diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen wieder zu integrieren und**
16 **gesellschaftlich partizipieren zu lassen. Dabei ist der*die Streetworker*in eine Ansprech- und**
17 **Vertrauensperson. Die Arbeit besteht bspw. im gemeinsamen Ausfüllen von Anträgen, der Begleitung**
18 **bei Amtsgängen oder der Hilfe bei der Arbeitsplatzsuche. Essentiell für das wirkungsvolle Ausüben**
19 **dieser Tätigkeit ist darum die Zusammenarbeit mit den bereits bestehenden Organisationen,**
20 **Institutionen und Beratungsstellen.**

21 **Ein weiterer zentraler Punkt bei Streetwork ist die Prävention. Die stärksten Prädiktoren für**
22 **jugendliche Mehrfachtäter sind unter anderem ein Aufwachsen in schwierigen sozialen und**



23 **familiären Verhältnissen, das Zeigen schlechter Schulleistungen, frühe Verhaltensauffälligkeiten und**
24 **der Kontakt mit delinquenten Gleichaltrigen. Die meisten Erwachsenen, die antisoziales und**
25 **delinquentes Verhalten ausüben, zeigen dieses bereits im Kindes- und Jugendalter und weisen eine**
26 **schlechte Prognose hinsichtlich einer kompetenten und erfolgreichen Lebensführung auf. Indem**
27 **Streetwork diesen Kreislauf aufbricht und verhindert, dass Jugendliche und junge Erwachsene in die**
28 **Kriminalität abrutschen, können enorme soziale Folgekosten von bis zu 1,66 Mio. € eingespart werden.**
29 **Das ergab die Kosten-Nutzen-Analyse der kriminalpräventiven NRW-Initiative „Kurve kriegen“ aus**
30 **dem Jahr 2016.**



Antragsnummer **K2**

Antragssteller **SPD-Ortsverein Wehlheiden**

Betreff **Pflegenotstand in Deutschland: Jahrhundertproblem lösen**

Adressat **SPD-Stadtverordnetenfraktion Stadt Kassel**

1 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

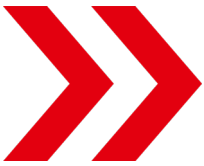
2 **Die Fraktion der SPD in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel wird aufgefordert,**
3 **folgenden Antrag in der Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung zu stellen:**

4 **Angesichts der der sich ständig verschlechternden Personalsituation in der stationären und**
5 **ambulanten Kranken- und Altenpflege wird der Magistrat der Stadt Kassel beauftragt, anhand**
6 **wissenschaftlich überprüfbarer Erhebungen bei den Trägern von Krankenhäusern, Sozialstationen und**
7 **Altenpflegeheimen und anhand der Auswertung statistischer Daten über die demographische**
8 **Entwicklung in der Region (Kassel Stadt und Landkreis) festzustellen, wie viele Pflegekräfte im**
9 **Zeitraum 2022 bis 2030 benötigt würden, um eine den gesetzlichen Qualitätsanforderungen**
10 **entsprechende Pflege in Krankenhäusern, Altenpflegeheimen und durch Sozialstationen**
11 **sicherzustellen.**

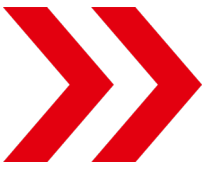
12 **Wenn der festgestellte Bedarf nicht gedeckt werden kann, wird der Magistrat weiter beauftragt, ein**
13 **Konzept zur Deckung der entsprechenden Personallücke für die Stadt Kassel zu entwickeln und bis**
14 **spätestens 31.12.2023 vorzulegen.**

15 **Begründung:**

16 **Die Sicherstellung einer ausreichenden Kranken- und Altenpflegekapazitäten ist als Teil der**
17 **staatlichen Daseinsvorsorge Aufgabe der Kommunen.**
18 **Dieser Sicherstellungsauftrag bezieht sich nicht nur auf das Bereithalten ausreichender Kapazitäten**
19 **für die stationäre Heilbehandlung bzw. Altenpflege durch Vorhalten einer entsprechenden**
20 **Infrastruktur als solcher, sondern auch darauf, sicherzustellen, dass in den stationären und**
21 **ambulanten Kranken- und Pflegeeinrichtungen das jeweils benötigte Personal in ausreichender Zahl**
22 **vorhanden ist.**



23 **In Zeiten einer offensichtlichen progressiven Verknappung des Angebots von Pflegefach- und**
24 **Hilfskräften auf dem Arbeitsmarkt erstreckt sich die Verpflichtung der Kommunen dabei auch darauf,**
25 **sich zunächst einen Überblick über die tatsächliche Bedarfsentwicklung in der Kommune bzw. in der**
26 **Region zu verschaffen, um gegebenenfalls rechtzeitig einen substantiellen Mangel an Pflegekräften**
27 **mittels geeigneter Konzepte und Maßnahmen, in Abstimmung mit den privaten und frei-**
28 **gemeinnützigen Trägern von Einrichtungen und Diensten, entgegenwirken zu können.**



Antragsnummer	K3
Antragssteller	SPD-Ortsverein Vorderer Westen
Betreff	Gründung einer Kulturtafel in Kassel
Adressat	SPD Stavo-Fraktion Kassel, Unterbezirksvorstand, SPD Kassel-Stadt Unterbezirksparteitag

1 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

2 **Wir fordern die Gründung einer Kulturtafel in Kassel, welche in Kooperation mit diversen Kasseler**
3 **Akteuren¹ entstehen soll. Die Kulturtafel ermöglicht somit Menschen mit niedrigen Einkünften am**
4 **Kulturleben in der Stadt Kassel teilzunehmen. Konkret bedeutet dies, dass Freikarten für**
5 **Veranstaltungen, Konzerte, Theater, Lesungen und mehr zur Verfügung stehen. Freikarten oder stark**
6 **verbilligte Restkarten könnten von Veranstaltern gespendet werden, die dieses Projekt unterstützen.**

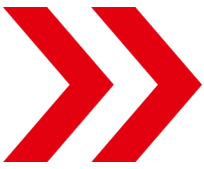
7 **Begründung:**

8 **Das kulturelle Leben stand während der Lockdowns nahezu still. Die aktuelle Inflation mit den**
9 **einhergehenden Preissteigerungsraten führen dazu, dass viele Menschen auf kulturelle**
10 **Veranstaltungen verzichten. Durch die Bereitstellung von Freikarten und Gutscheinen ermöglicht die**
11 **Kulturtafel Menschen mit niedrigem Einkommen die Teilhabe am kulturellen Leben in der Stadt Kassel.**
12 **Zudem können freie Plätze besetzt werden, dies wäre somit auch ein Beitrag zur Kultur- und**
13 **Wirtschaftsförderung.**

14 **Unser Antrag orientiert sich an der „KulturTafel“ der Stadt Coburg², welche vor einigen Jahren**
15 **erfolgreich ins Leben gerufen wurde.**

¹ beispielsweise Kulturpartner, Kinos, Diakonie (...)

² <https://kulturtafel.coburg-stadt-landkreis.de>



Antragsnummer	K4
Antragssteller	SPD-Ortsverein Philippinenhof/Warteberg
Betreff	Den ÖPNV zukunftssicher machen
Adressat	An den Unterbezirk Kassel Stadt

1 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

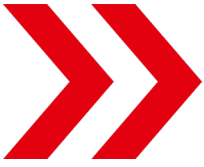
2 **Wir fordern von der Stadt Kassel die Modernisierung des ÖPNV beruhend auf einem integrierten**
3 **Konzept, also mit guter Anbindung, funktionierenden Anschlüssen und modernen barrierefreie**
4 **gestalteten Haltestellen und Fahrplänen.**

5 **Begründung:**

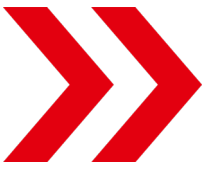
6 **Der ÖPNV ist ein Bestandteil der Alltagskultur, verantwortlich für Lebensqualität in der Stadt und ein**
7 **Wirtschafts- und Standortfaktor.**
8 **Der ÖPNV sichert Mobilität effizient und ist ökologisch verträglich, weil er den Flächenbedarf und**
9 **Immissionen in Städten reduziert.**

10 **Der ÖPNV der Stadt Kassel ist weit weg von einem guten und leistungsfähigen Nahverkehrssystem.**
11 **Wer abseits der Magistralen wohnt und womöglich noch kombiniert Bus und Straßenbahn nutzen**
12 **muss, für den lohnt sich zeitlich die Nutzung gegenüber dem Auto nicht mehr.**

13 **Abgesehen von der modernen Abfahrtsanzeige an einigen Bushaltestellen und den meisten**
14 **Straßenbahnhaltestellen und der Lärmreduzierung an den Gleisen ist bei der KVG nichts zeitgemäß.**
15 **Es gibt es so gut wie keine funktionierenden Verbindungsmöglichkeit zum Umsteigen. Eine einzige**
16 **sichere Verbindung stellt jene abends am Königsplatz dar. Häufig sind die Wegezeiten gegenüber dem**
17 **Kfz deshalb doppelt bis dreimal so lang. Die Fahrpläne der Linien sind zumeist nicht aufeinander**
18 **abgestimmt, manche Buslinien fahren noch im 30 Minuten Takt! Zum Fahrplanwechsel 2021/22**
19 **wurden sogar noch einige Verbindungen gekappt! So fallen die meisten Anschlüsse komplett oder**
20 **überwiegend weg an der Haltestelle Leuschnerstraße von der Linie 6 zur Linie 11 Richtung Vellmar oder**
21 **auch Haltestelle Holländische Straße von der Linie 28 ebenfalls zur Linie 11 Richtung Bahnhof**
22 **Wilhelmshöhe.**



23 **Hinzu kommt noch die fehlende Barrierefreiheit. Umstiege auch an zentralen Plätzen sind häufig nicht**
24 **auf einer Ebene, durch Straßen getrennt oder man hat lange Laufwege, manchmal auch alles**
25 **zusammen, wie etwa am Stern. Wer nicht gut zu Fuß kann wegen der knappen Umsteigezeiten gerade**
26 **im morgendlichen Berufsverkehr den ÖPNV kaum nutzen. Auch die NVV App ist schlecht**
27 **programmiert, es wird häufig nicht die aktuellste Verbindung angezeigt, vielfach viel zu Umständliche**
28 **Fahrten, viele nutzen lieber die App der DB AG.**



Antragsnummer	K5
Antragssteller	Jusos
Betreff	Kasseler Innenstadt kinderfreundlich gestalten
Adressat	SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Mitglieder im Kasseler Magistrat, SPD-Fraktion Kassel Stadt

1 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

2 **Jede*r soll sich in unserer Kasseler Innenstadt wohlfühlen. Neben Einkaufsmöglichkeiten, Cafés und**
3 **Restaurants, die sich vorwiegend an jugendliche und erwachsene Personen richten, gibt es nicht**
4 **ausreichend innerstädtische Angebote für Kinder. Die Wasserspeier auf dem Königsplatz und**
5 **vereinzelte Spielgeräte am Entenanger und neben dem Rathaus sind nicht genug! Für die ca. 32.400**
6 **Kinder zwischen null und 17 Jahren in Kassel (Stand 2020, vgl. Einwohnerregister Kassel: URL:**
7 **<https://www.kassel.de/daten-und-karten/statistik/ueberblick.php>) muss ein Angebot aus sicheren**
8 **und inklusiven Spielgeräten und Aufenthaltsmöglichkeiten in der Innenstadt geschaffen werden, um**
9 **kinder- und familienfreundliche Besuche der Innenstadt zu ermöglichen. In Zusammenarbeit mit**
10 **Kindern aus der Stadt Kassel soll ein solches Angebot erarbeitet und anschließend umgesetzt werden.**

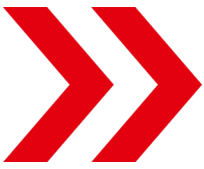
11 **Begründung:**

12 **Erfolgt mündlich.**



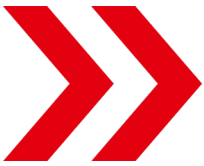
Antragsnummer	K6
Antragssteller	Jusos
Betreff	Für Spielplätze auf dem jedes Kind mitspielen kann
Adressat	SPD Kassel Unterbezirksparteitag, SPD-Fraktion in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung

- 1 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**
- 2 **Jedes Kind sollte auf den öffentlichen Spielplätzen in Kassel die Möglichkeit haben mitzuspielen. Dafür**
- 3 **brauch es inklusive Spielplätze. In ganz Deutschland sind laut Aktion Mensch nur 4 Prozent der**
- 4 **Spielplätze barrierefrei und auch in Kassel gibt es kaum ein Angebot für Kinder mit Behinderung**
- 5 **barrierefrei mit gleichaltrigen Kindern ohne Behinderung zu spielen. Deshalb fordern wir die SPD**
- 6 **Fraktion auf, sich für den Bau eines barrierefreien Spielplatzes einzusetzen.**
- 7 **In enger Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat soll aktiv ein geeigneter Standort für einen**
- 8 **fortschrittlichen und modernen barrierefreien Spielplatz gefunden werden. Außerdem soll bei der**
- 9 **Modernisierung von bestehenden Spielplätzen besonders auf eine Ergänzung von barrierefreien**
- 10 **Spielgeräten geachtet werden.**
- 11 **Standorte von barrierefreien Spielplätzen sollen auf der Seite der Stadt aufgelistet werden, um es**
- 12 **betroffenen Familien besonders einfach zu machen. diese Spielplätze zu finden.**
- 13 **Begründung:**
- 14 **Erfolgt mündlich.**

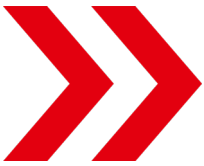


Antragsnummer	O1
Antragssteller	UBV
Betreff	Kassel für die Zukunft stark aufstellen! Änderung der Satzung der Kasseler SPD
Adressat	SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt, SPD Fraktion Kassel, SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD Landesparteitag

- 1 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**
- 2 **Die Satzung der SPD Kassel wird wie folgt geändert:**
- 3 **§3**
- 4 **Ersetze „ein Beitrittswilliger“ durch „ein*e Beitrittswillige*r“**
- 5 **§4**
- 6 **Streiche Satz 3 bis Satz 5**
- 7 **Füge ein vor Satz 1: „(1)“**
- 8 **Füge ein nach Satz 2: „(2) Vom UB-Vorstand eingerichtete Projektgruppen und Foren besitzen Antrags-**
- 9 **und Rederecht für die Unterbezirksparteitage.“**
- 10 **§6**
- 11 **Füge ein vor Satz 2: „(14)“ ; verschiebe Satz 2 (neu) auf Stelle 14 in §6**
- 12 **Streiche Satz 3**
- 13 **Füge ein vor Satz 4: „(7)“; verschiebe Satz 4 (neu) auf Stelle 7 in §6**
- 14 **Streiche Satz 5**
- 15 **(2)**
- 16 **Ersetze Satz 1 bis Satz 5 mit: „Alle anwesenden Mitglieder der Kasseler SPD besitzen Stimmrecht“**



- 17 **Ersetze „(2)“ durch „(3)“; verschiebe 3 (neu) auf Stelle 3 in §6**
- 18 **(3)**
- 19 **Streiche (3)**
- 20 **(4)**
- 21 **Ersetze „(4)“ durch „(6)“; verschiebe 6 (neu) auf Stelle 6 in §6**
- 22 **(5)**
- 23 **Ersetze „(5)“ durch „(7)“; verschiebe 7 (neu) auf Stelle 7 in §6**
- 24 **Ersetze in a) : „Ortsvereinen“ durch „Mitgliedern“; und „schriftlich“ durch „per Mail“**
- 25 **Streiche b) und c)**
- 26 **Füge ein „b) Alle Mitglieder sind 8 Wochen vor dem Termin des Parteitages zu diesem Parteitag**
- 27 **schriftlich einzuladen.“**
- 28 **Füge ein „c) In der Einladung ist mitzuteilen, wo und wann das Mitglied sich die Unterlagen abholen**
- 29 **kann.“**
- 30 **Füge ein „d) Elektronische Zustellung ist für die Einladung und für die Zusendung der Unterlagen**
- 31 **zulässig.“**
- 32 **(6)**
- 33 **Ersetze „(6)“ durch „(8)“; Verschiebe 8 (neu) an Stelle 8 in §6**
- 34 **Ersetze in Satz 1: „der stimmberechtigten Delegierten“ in „der anwesenden Mitglieder“**
- 35 **(7)**
- 36 **Ersetze „(7)“ durch „(4)“; Verschiebe 4 (neu) an Stelle 4 in §6**
- 37 **Ersetze Satz 1 bis Satz 3 durch : „Der UB-Parteitag ist beschlussfähig, wenn dieser satzungsgemäß**
- 38 **einberufen und eingeladen wurde. Die Beschlussfähigkeit wird zu Beginn des UB-Parteitages**
- 39 **festgestellt.“**



40 **(8)**

41 **Ersetze „(8)“ durch „(5)“ ; verschiebe 5 (neu) an Stelle 5 in §6**

42 **Streiche Satz 3 ; Füge ein als 10 (neu) in §6 : „(10) Bei Wahlen in Funktionen und für Mandate der Partei**
43 **gilt die Wahlordnung der SPD.“**

44 **Ersetze in Satz 5 : „wenn ein Drittel der Delegierten den Antrag unterstützt“ mit „wenn ein Drittel der**
45 **anwesenden Mitglieder den Antrag auf geheime Abstimmung unterstützt.“**

46 **(9)**

47 **Ersetze „(9)“ durch „(11)“ ; verschiebe 11 (neu) an Stelle 11 in §6**

48 **Streiche in a) „und Delegiertenkonferenzen“**

49 **Ersetze in a) : „Delegierten“ durch „Mitgliedern“**

50 **Ersetze in c) Satz 2 : „von 25 stimmberechtigten Delegierten“ durch „von 25 stimmberechtigten**
51 **anwesenden Mitgliedern“**

52 **Streiche in d) „sie bedürfen der Unterschrift von 10 stimmberechtigten Delegierten oder 10**
53 **Mitglieder.“**

54 **(10)**

55 **Ersetze „(10)“ durch „(12)“ ; verschiebe 12 (neu) an Stelle 12 in §6**

56 **Füge ein vor Satz 1: „a)“**

57 **Füge ein vor Satz 4: „b)“**

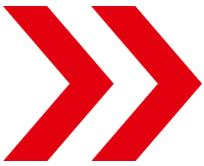
58 **Füge ein vor Satz 5: „c)“**

59 **(11)**

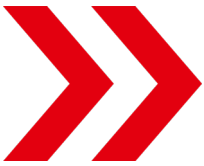
60 **Ersetze „(11)“ durch „(9)“ ; verschiebe 9 (neu) an Stelle 9 in §6**

61 **(12)**

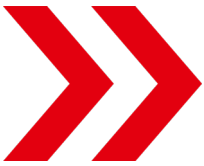
62 **Ersetze „(12)“ durch „(2)“ ; verschiebe 2 (neu) an Stelle 2 in §6**



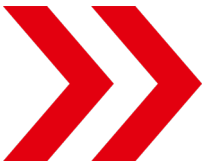
- 63 **Ersetze in d) : „Revisorinnen und Revisoren“ durch „Revisor*innen“**
- 64 **Füge ein nach Punkt g) : „Die unter b), c), d) und e) bezeichneten Aufgaben des UB-Parteitag werden**
65 **in jedem zweiten Jahr durchgeführt.“**
- 66 **Füge ein: „Der Parteitag beschließt mit einfacher Mehrheit, ob ein*e Vorsitzende*r oder aber zwei**
67 **gleichberechtigte Vorsitzende, davon eine Frau gewählt werden sollen. Die Regelung des**
68 **Organisationsstatuts, der Wahl-, Schieds- und Finanzordnung, die die*den Vorsitzende*n betreffen,**
69 **gelten für die beiden Vorsitzenden entsprechend.**
- 70 **(13)**
- 71 **Streiche (13)**
- 72 **Füge ein als 13 (neu): „(13) UB-Parteitage ohne Wahlen können ganz oder teilweise digital**
73 **stattfinden.“**
- 74 **§7**
- 75 **(2)**
- 76 **Ersetze „§6, Abs. 5 und §6, Abs 9b“ mit „§6, Abs. 7 und §6 Abs. 11b“**
- 77 **(3)**
- 78 **Ersetze „(3)“ durch „(15)“ ; verschiebe 15 (neu) an Stelle 15 in §6**
- 79 **§8**
- 80 **(1)**
- 81 **Ersetze „(1)“ durch „(3)“ ; verschiebe 3 (neu) an Stelle 3 in §8**
- 82 **Ersetze a) durch „a) dem*r Vorsitzenden oder zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, davon eine Frau“**
- 83 **Ersetze b) durch „b) zwei stellv. Vorsitzenden wenn eine Doppelspitze gewählt wurde, ansonsten aus**
84 **drei stellv. Vorsitzenden“**
- 85 **Ersetze c) durch „c) der*m Schatzmeister*in“**



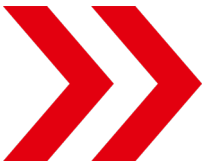
- 86 **Ersetze d) durch „d) einem*r Beisitzer*in für den Aufgabenbereich Mitgliederbetreuung/
87 Mitgliedergewinnung/ Personalentwicklung“**
- 88 **Ersetze e) durch „e) einem*r Beisitzer*in für den Aufgabenbereich Arbeitsgemeinschaften und
89 Zielgruppen, Betriebs- und Projektgruppen“**
- 90 **Ersetze f) durch „f) einem*r Beisitzer*in für den Aufgabenbereich Ortsvereine und Ortsbeiräte,
91 Organisation und Struktur“**
- 92 **Ersetze g) durch „g) einem*r Beisitzer*in für den Aufgabenbereich Kommunikation und Öffentlichkeit“**
- 93 **Füge ein als h (neu): „h) einem*r Beisitzer*in für den Aufgabenbereich Migration und Diversität“**
- 94 **Ersetze h (alt) durch „i) zwei Beisitzer*innen deren Aufgabenbereiche vom Unterbezirksvorstand
95 festgelegt werden.“**
- 96 **Füge ein nach „Unterbezirksvorstand.“ : „Der UB-Vorstand wird auf die Dauer von zwei Jahren
97 gewählt.“**
- 98 **Füge ein vor „Aufgrund (...)“ : „(4)“ ; Verschiebe 4 (neu) an Stelle 4 in §8**
- 99 **Ersetze „Aufgrund des Erfordernis der Quotierung des geschäftsführenden Unterbezirksvorstands,“
100 durch „Der geschäftsführenden Unterbezirksvorstand (§8 (3)) ist quotiert zu besetzen. Um dies zu
101 gewährleisten,“**
- 102 **Ersetze in Satz 3 „c) – g)“ durch „c) - h)“**
- 103 **Ersetze in Satz 4 „h)“ durch „i)“**
- 104 **Ersetze in Satz 5 „a) bis h)“ durch „a) bis i)“**
- 105 **Füge ein vor Satz 6: „(5)“ ; verschiebe 5 (neu) an Stelle 5 in §8**
- 106 **Streiche in Satz 6 „a) Die / der Ausländerbeauftragte“**
- 107 **Ersetze die Ordnung in Satz 6 ab „b)“ bis „f)“ entsprechend durch „a)“ bis „e)“**
- 108 **Ersetze in Satz 6 c) „Die/Der Vorsitzende“ durch „Die*der Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden“ ; „eine
109 Vertreterin/ ein Vertreter“ durch „ein*e Vertreter*in“**



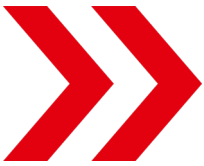
- 110 **Ersetze in Satz 6 f) „die/der Unterbezirksgeschäftsführer(in)“ durch „die*der**
111 **Unterbezirksgeschäftsführer*in“**
- 112 **(2)**
- 113 **Streiche (2)**
- 114 **(3)**
- 115 **Ersetze „(3)“ durch „(1)“ ; verschiebe 1 (neu) an Stelle 1 in §8**
- 116 **Ersetze in Satz 2 „der/dem Vorsitzenden“ durch „der*m bzw. den Vorsitzenden“ ; „ihrer/seiner“ durch**
117 **„ihrer*seiner“ ; „einer Stellvertreterin / einem Stellvertreter“ durch einer*m Stellvertreter*in**
- 118 **Füge ein vor Satz 3 „(2)“ ; verschiebe 2 (neu) an Stelle 2 in §8**
- 119 **Ersetze in Satz 3 „jede Beisitzerin/jeder Beisitzer“ durch „jede*r Beisitzer*in“**
- 120 **Ersetze in Satz 4 „Er/Sie“ durch „Er*Sie“**
- 121 **Füge ein in Satz 6**
- 122 **vor „Die Erarbeitung (...)“ : „a)“**
- 123 **vor „die Beratung (...)“ : „b)“**
- 124 **vor „die Vorbereitung (...)“ : „c)“**
- 125 **vor „die Aufstellung (...)“ : „d)“**
- 126 **vor „die Bildung (...)“ : „e)“**
- 127 **vor „die Bestätigung (...)“ : „f)“ ; füge ein nach „Arbeitsgemeinschaften“ : „und derer Richtlinien“**
- 128 **vor „die Durchführung (...)“ : „g)“**
- 129 **vor „die Vorbereitung öffentlicher (...)“ : „h)“**
- 130 **vor „die Einstellung (...)“ : „i)“**
- 131 **(4)**



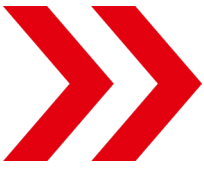
- 132 **Ersetze „(4)“ durch „(6)“ ; verschiebe 6 (neu) an Stelle 6 in §8**
- 133 **Ersetze in Satz 2 „von der/von dem Vorsitzenden“ durch „von der*m Vorsitzenden“ ; „einer**
134 **Stellvertreterin/einem Stellvertreter“ durch „einer*m Stellvertreter*in“**
- 135 **§9**
- 136 **(1)**
- 137 **Ersetze „(1)“ durch „(2)“ ; Verschiebe 2 (neu) an Stelle 2 in §9**
- 138 **Ersetze c) durch „c) 30 gewählte Vertreter*innen aus den Ortsverein nach Hare-Niemeyer, jedoch**
139 **mindestens ein*e Vertreter*in je Ortsverein,“**
- 140 **Ersetze d) durch „d) der*dem bzw. den Vorsitzenden der Stadtverordnetenfraktion,“**
- 141 **Ersetze h) durch „h) den Revisor*innen“**
- 142 **Füge ein nach h) : „Die unter b) und c) gewählten Mitglieder werden auf die Dauer von 2 Jahren**
143 **gewählt.“**
- 144 **Füge ein vor Satz 2 ab „Stimmberechtigt (...)“ : „(3)“ ; verschiebe 3 (neu) an Stelle 3 §9**
- 145 **Ersetze „die Bezirks-/der Bezirks- und die Unterbezirksgeschäftsführerin/der**
146 **Unterbezirksgeschäftsführer“ durch „die*der Bezirks- und die Unterbezirksgeschäftsführer*in“**
- 147 **Füge ein vor Satz 3 ab „Hat ein Mitglied (...)“ : „(4)“ ; verschiebe 4 (neu) an Stelle 4 §9**
- 148 **Ersetze in Satz 4 „ihre/ihren (...) gewählte Stellvertreterin/gewählten Vertreter.“ durch „ihre*n (...)**
149 **gewählte*n Stellvertreter*in.“**
- 150 **Ersetze in Satz 5 „eine/einen 1. und eine/einen 2. Stellvertreter/Stellvertreterin“ durch „eine*n 1. und**
151 **eine*n 2. Stellvertreter*in“**
- 152 **(2)**
- 153 **Ersetze „(2)“ durch „(1)“ ; verschiebe 1 (neu) an Stelle 1 in §9**
- 154 **(3)**
- 155 **Ersetze „(3)“ durch „(5)“ ; verschiebe 5 (neu) an Stelle 5 in §9**



- 156 **Füge ein nach Satz 2: „Der UB-Ausschuss ist für alle Mitglieder offen einzuladen.“**
- 157 **§10**
- 158 **Ersetze den Titel von „Wahlkreisdelegiertenkonferenz“ durch „Wahlkreiskonferenz“**
- 159 **(1)**
- 160 **Ersetze „Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber“ durch „Wahlbewerber*innen“**
- 161 **Streiche (*)**
- 162 **(2)**
- 163 **Ersetze „(2)“ durch „(5)“ ; verschiebe 5 (neu) an Stelle 5 §10**
- 164 **(3)**
- 165 **Ersetze „(3)“ durch „(6)“ ; verschiebe 6 (neu) an Stelle 6 §10**
- 166 **Ersetze Satz 1 und Satz 2 durch : „Der UB-Vorstand erarbeitet aus diesen Vorschlägen einen**
- 167 **Listenvorschlag und legt diesen dem UB-Ausschuss vor.“**
- 168 **Ersetze in Satz 3 „Bewerberinnen und Bewerber“ durch „Bewerber*innen“**
- 169 **Füge ein nach Satz 3 : „Unter den Plätzen 2 bis 36 soll jeder Ortsverein mit mindestens einem*r**
- 170 **Bewerber*in vertreten sein.“**
- 171 **(4)**
- 172 **Streiche 4**
- 173 **(5)**
- 174 **Ersetze „(5)“ durch „(7)“ ; verschiebe 7 (neu) an Stelle 7 §10**
- 175 **Ersetze Satz 1 und Satz 2 durch „Diese Liste wird der Wahlkreiskonferenz vorgelegt. Der**
- 176 **Kriterienkatalog für die Listenaufstellung wird durch den UB-Vorstand begründet und durch den**
- 177 **Wahlkreiskonferenz bestätigt.“**
- 178 **Füge ein vor Satz 3 „(8)“ ; verschiebe 8 (neu) an Stelle 8 §10**



- 179 **Ersetze in Satz „Wahlkreisdelegiertenkonferenz“ durch „Wahlkreis-konferenz“**
- 180 **Streiche „sie bedürfen der Unterschrift von 25 stimmberechtigten Delegierten.“**
- 181 **(6)**
- 182 **Streiche 6**
- 183 **(7)**
- 184 **Streiche 7**
- 185 **(8)**
- 186 **Streiche 8**
- 187 **(9)**
- 188 **Streiche 9**
- 189 **(10)**
- 190 **Ersetze „(10)“ durch „(18)“ ; verschiebe 18 (neu) an Stelle 18 §10**
- 191 **(11)**
- 192 **Ersetze „(11)“ durch „(9)“ ; verschiebe 9 (neu) an Stelle 9 §10**
- 193 **Ersetze „Kandidatinnen oder Kandidaten“ durch „Kandidat*innen“**
- 194 **Ersetze „wenn die jeweils zuständige Mitglieder- oder Delegiertenversammlung dies beschließt.“**
- 195 **Durch „wenn die Wahlkreis-konferenz dies beschließt.“**
- 196 **Neu**
- 197 **Füge ein als 2 (neu) :**
- 198 **„(2) Die Wahlkreis-konferenzen finden als Mitgliederversammlungen statt bei**
- 199 **a) der Listenaufstellung zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung (Kommunalwahl),**
- 200 **b) der Aufstellung des/der Kandidaten/Kandidatin zur Oberbürgermeisterwahl,**
- 201 **c) der Aufstellung der Kandidaten zur Landtagswahl.“**



202 **Neu**

203 **Füge ein als 3 (neu) :**

204 **„(4) Aufgrund der Gebietsüberschneidung mit Kassel-Land findet die Wahlkreisdelegiertenkonferenz**
205 **zur Bundestagswahl als Delegiertenkonferenz statt.“**

206 **Neu**

207 **Füge ein als 4 (neu):**

208 **„(4) Bei der Listenaufstellung zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung soll ein Kriterienkatalog**
209 **berücksichtigt werden, der rechtzeitig vom UB-Ausschuss beschlossen wird.“**

210 **(10) Neu**

211 **Füge ein als 10 (neu)**

212 **„(10) Ist ein Kandidat oder eine Kandidatin oder sind mehrere Kandidaten und Kandidatinnen für eine**
213 **Funktion aufgestellt, so ist gewählt, wer die Mehrheit der gültigen Stimmen erhalten hat.**
214 **Stimmenthaltungen sind gültige Stimmen.“**

215 **(11) Neu**

216 **Füge ein als 11 (neu)**

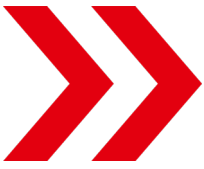
217 **„(11) Erhält kein Kandidat oder keine Kandidatin die Mehrheit der gültigen Stimmen, so findet ein**
218 **weiterer Wahlgang statt, in dem die einfache Mehrheit entscheidet. Bei Einzelwahlen mit nur einem**
219 **Bewerber oder einer Bewerberin sind Nein-Stimmen statthaft. Endgültig nicht gewählt ist, wer mehr**
220 **Nein- als Ja-Stimmen auf sich vereinigt. Bei Einzelwahlen mit mehreren Bewerbern bzw.**
221 **Bewerberinnen sind Nein-Stimmen unstatthaft.“**

222 **(12) Neu**

223 **Füge ein als 12 (neu)**

224 **„(12) Bei Stimmengleichheit findet eine Stichwahl statt. Bei erneuter Stimmengleichheit entscheidet**
225 **das Los.“**

226 **(13) Neu**



227 **Füge ein als 13 (neu)**

228 **„(13) Die Listenaufstellung für die Stadtverordnetenversammlung erfolgt in Einzelwahl beginnend mit**
229 **der Spitzenkandidatin oder dem Spitzenkandidaten, für jeden Listenplatz gesondert. Mehrere**
230 **Einzelwahlen können in einem Urnengang verbunden werden (verbundene Einzelwahl), soweit für**
231 **den Listenplatz nur ein Bewerber oder eine Bewerberin kandidiert. Bewerberinnen und Bewerber für**
232 **vordere Listenplätze sind zur Kandidatur auf hinteren Listenplätzen zuzulassen, soweit die Vorgaben**
233 **des §11 ORGSTATUT SPD gewahrt sind. Vor Eintritt in jeden Wahlgang wird der Platzierungsvorschlag**
234 **vom UBV gesondert begründet. Die jeweiligen Kandidat*innen sollen sich persönlich vorstellen.“**

235 **(14) Neu**

236 **Füge ein als 14 (neu)**

237 **„(14) In Wahlgängen, in denen gleichzeitig mehr als eine Person zu wählen ist (Listenwahl), können**
238 **auf einem Stimmzettel höchstens so viele Kandidaten und Kandidatinnen gewählt werden, wie**
239 **insgesamt zu wählen sind. Ein Stimmzettel ist gültig, wenn mindestens die Hälfte der Zahl der zu**
240 **Wählenden aus der Vorschlagsliste gewählt ist.“**

241 **(15) Neu**

242 **Füge ein als 15 (neu)**

243 **„(15) Bei einer Listenwahl sind die Kandidatinnen und Kandidaten nur gewählt, soweit die**
244 **Quotenvorgaben des § 11 Abs. 2 des ORGSTATUT SPD erfüllt werden. Wird die Quote nicht erfüllt, so**
245 **sind im ersten Wahlgang die Kandidatinnen bzw. Kandidaten des überrepräsentierten Geschlechts nur**
246 **bis zu ihrer Höchstquote von 60 % gewählt, die Kandidatinnen bzw. Kandidaten des**
247 **unterrepräsentierten Geschlechts nur, soweit sie mindestens die gleiche Stimmenzahl erreichen wie**
248 **der oder die erste Nichtgewählte der anderen Gruppe. In einem weiteren Wahlgang sind nur noch die**
249 **Kandidatinnen bzw. Kandidaten des unterrepräsentierten Geschlechts wählbar.“**

250 **(16) Neu**

251 **Füge ein als 16 (neu)**

252 **„(16) Um §10 Abs. 15 dieser Satzung zu erfüllen, ist die Liste ab dem ersten Listenplatz streng**
253 **alternierende aufzustellen (Reißverschlussverfahren). Kandidieren Vertreterinnen oder Vertreter des**



254 **unterrepräsentierten Geschlechts nicht in ausreichender Zahl, so kommen Kandidaturen des**
255 **überrepräsentierten Geschlechts zum Zuge.“**

256 **(19) Neu**

257 **Füge ein als 19 (neu)**

258 **„(19) Die Direkt-Kandidat*innen der Wahlkreise zur Landtagswahl werden in getrennten**
259 **Wahlkreiskonferenzen (Wahlkreis Kassel-Stadt I und Wahlkreis Kassel-Stadt II) gewählt.“**

260 **20 (neu)**

261 **Füge ein als 20 (neu)**

262 **„(20) Wahlberechtigt auf der jeweiligen Wahlkreiskonferenz sind die Mitglieder, die in den**
263 **entsprechenden Wahlkreisen wohnhaft sind.“**

264 **§11**

265 **Ersetze Titel „Revisorinnen/Revisoren“ durch „Revisor*innen“**

266 **(1)**

267 **Ersetze „(1)“ durch „(2)“ ; verschiebe 2 (neu) an Stelle 2 in §11**

268 **Ersetze in Satz 1 „Revisorinnen/Revisoren“ durch „Revisor*innen“**

269 **Streiche Satz 2**

270 **(2)**

271 **Ersetze „(2)“ durch „(3)“ ; verschiebe 3 (neu) an Stelle 3 in §11**

272 **Ersetze Satz 1 durch: „Die Revisor*innen müssen nach freiem Ermessen einmal im Kalenderjahr die**
273 **Kassenprüfung durchführen. Die Revisoren haben das Recht, unvermutet Kassenprüfungen**
274 **durchzuführen.“**

275 **neu**

276 **Füge ein als 1 (neu):**



277 **„(1) Die vom Parteitag gewählten Revisor*innen prüfen, ob die Bestimmungen der Finanzordnung**
278 **eingehalten wurden, insbesondere prüfen sie regelmäßig:**

279 **a) ob die Buchungen mit den Belegen übereinstimmen,**

280 **b) ob die Ausgaben angemessen sind und den Beschlüssen (Wirtschaftsplan) entsprechen,**

281 **c) ob alle Konten und die Bargeldkasse im Rechenschaftsbericht erfasst sind und**

282 **d) ob die Beitragsleistungen satzungsgemäß sind.“**

283 **(4) neu**

284 **Füge ein als 4 (neu):**

285 **„(4) Die Revisor*innen können in offener Abstimmung gewählt werden, sofern kein stimmberechtigtes**
286 **Mitglied widerspricht.“**

287 **§13**

288 **Füge ein in Satz 1 vor „Gemäß“ : „(1)“**

289 **Füge ein in Satz 2 vor „Die Schiedskommission besteht (...)“ : „(2)“**

290 **Ersetze in Satz 2 „dem/der Vorsitzenden und zwei Stellvertreterinnen/Stellvertretern“ durch „dem*r**
291 **Vorsitzenden und zwei Stellvertreter*innen“**

292 **Füge ein in Satz 3 vor „Die Schiedskommission entscheidet (...)“ : „(3)“**

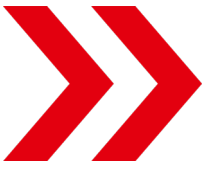
293 **Ersetze in Satz 3 „einem/einer Vorsitzenden und zwei Beisitzer/innen“ durch „einem*r Vorsitzenden**
294 **und zwei Beisitzer*innen.“**

295 **Ersetze in Satz 4 „des oder der Vorsitzenden“ durch „des*r Vorsitzenden“ ;**
296 **„Stellvertretern/Stellvertreterinnen“ durch „Stellvertreter*innen“**

297 **Füge ein nach Satz 5: „Die Quotenregelung ist zu beachten.“**

298 **Füge ein in Satz 6 vor „Die Mitglieder (...)“ : „(4)“**

299 **§15**



300 **(1)**

301 **Ersetze Absatz 1 durch: „(1) Das Statut kann nur durch einen Parteitag mit Mehrheit von zwei Dritteln**
302 **der anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern geändert werden.“**

303 **(2)**

304 **Ersetze Absatz 1 durch: „Das Statut tritt nach seiner Annahme durch die Delegiertenkonferenz vom 2.**
305 **Juli 2022 in Kraft.“**

306

307 **Weitere Änderungen beziehen sich nicht auf den Inhalt der Satzung, sondern lediglich auf**
308 **grammatikalische Anpassungen und werden hier nicht einzeln aufgeführt.**

309

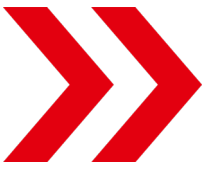
310 **Begründung:**

311 **Mit der Mitgliederentwicklung der vergangenen Jahrzehnte durch weniger Zutritte und durch den**
312 **demographischen Wandel innerhalb der Partei, ist es zwingend notwendig, die Struktur an die**
313 **heutigen Gegebenheiten anzupassen.**

314 **Ziel der Reform ist es, die SPD Kassel zukunftsfähig als Mitglieder- und Mitmachpartei aufzustellen um**
315 **so unsere Mitglieder zu aktivieren. Nach dem Motto „Jede Stimme zählt“ sollen in Zukunft alle**
316 **Mitglieder bei der Entwicklung der Partei mitsprechen. Darüber hinaus sollen auch damit mehr**
317 **Menschen in der Stadtgesellschaft angesprochen werden, sich direkt bei der SPD zu engagieren. Daher**
318 **soll das Paradigma der Funktionärspartei nun aufgehoben werden. Diese Reform schließt damit an die**
319 **Pläne aus dem Jahr 2014 an und setzt sie konsequent weiter um.**

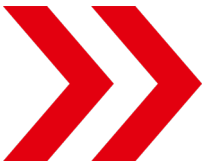
320 **Zur Umgestaltung in eine Mitgliederpartei gehört auch, dass von der Spitze bis in die gewählten Ämter**
321 **der Stadt oder des Landes Hessen diese Idee stringent umgesetzt wird. Daher soll auch die Zukunft um**
322 **die entsprechenden Inhalte und Personen, die diese Vertreten sollen, in die Hände aller Mitglieder**
323 **gelegt werden.**

324 **Weitere Anpassungen an der Satzung wurden auch nötig, weil diverse Formulierungen nicht länger**
325 **zeitgemäß und durch das Bundesstatut anders vorgeschrieben werden.**

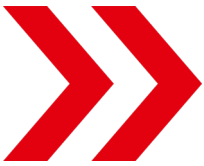


Synopsis der Satzungsänderung

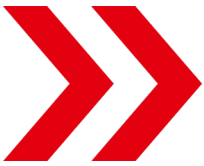
Satzung derzeit	Satzungsvorschlag des UBV
Gebiet des Unterbezirks § 1 Der Unterbezirk Kassel-Stadt ist ein Unterbezirk im Sinne des § 8 des Organisationsstatuts. Er umfaßt das Gebiet der Stadt Kassel.	Gebiet des Unterbezirks § 1 Der Unterbezirk Kassel-Stadt ist ein Unterbezirk im Sinne des § 8 des Organisationsstatuts. Er umfasst das Gebiet der Stadt Kassel.
Gliederungen des Unterbezirks § 2 Der Unterbezirk gliedert sich in Ortsvereine, deren Anzahl und Grenzen nach politischer und organisatorischer Zweckmäßigkeit vom Unterbezirks-Vorstand im Einvernehmen mit dem Unterbezirksausschuss nach Anhörung der betroffenen Ortsvereine festgelegt werden.	Gliederungen des Unterbezirks § 2 Der Unterbezirk gliedert sich in Ortsvereine, deren Anzahl und Grenzen nach politischer und organisatorischer Zweckmäßigkeit vom Unterbezirks-Vorstand im Einvernehmen mit dem Unterbezirksausschuss nach Anhörung der betroffenen Ortsvereine festgelegt werden.
Ortsvereinszugehörigkeit § 3 Jedes Parteimitglied gehört grundsätzlich dem Ortsverein an, in dessen Zuständigkeitsgebiet es wohnt. Will ein Mitglied oder ein Beitrittswilliger einem anderen Ortsverein angehören, so hat er dies dem Unterbezirksvorstand mitzuteilen, der die (Neu-)Zuordnung vornimmt. Dem Antrag soll gefolgt werden, wenn das Mitglied nachvollziehbare Gründe	Ortsvereinszugehörigkeit § 3 Jedes Parteimitglied gehört grundsätzlich dem Ortsverein an, in dessen Zuständigkeitsgebiet es wohnt. Will ein Mitglied oder ein*e Beitrittswillige*r einem anderen Ortsverein angehören, so hat er dies dem Unterbezirksvorstand mitzuteilen, der die (Neu-)Zuordnung vornimmt. Dem Antrag soll gefolgt werden, wenn das Mitglied nachvollziehbare Gründe vorträgt und



<p>vorträgt und überwiegende Organisationsinteressen nicht entgegenstehen.</p>	<p>überwiegende Organisationsinteressen nicht entgegenstehen.</p>
<p>Arbeitsgemeinschaften, Projektgruppen und Foren</p>	<p>Arbeitsgemeinschaften, Projektgruppen und Foren</p>
<p>§ 4 Die gemäß § 10 Abs. 1 OrgStatut der SPD zugelassenen Arbeitsgemeinschaften können auch im Bereich des Unterbezirks KasselStadt gebildet werden. Neben diesen können vom UB-Vorstand Projektgruppen und Foren eingerichtet werden, in denen auch Nichtmitglieder mitarbeiten können. Für die vorgenannten Organisationseinheiten besteht grundsätzlich die Möglichkeit stimmberechtigte Delegierte zum Unterbezirksparteitag, insofern diese Mitglieder der Kasseler SPD sind, zu entsenden. Das nähere regelt § 6 Absatz 2 OrgStatut SPD-UB Kassel-Stadt. Wird der UB-Parteitag als Mitgliederversammlung einberufen, entfällt das Delegationsrecht der Arbeitsgemeinschaften. Unabhängig vom Delegationsrecht steht allen im Unterbezirk bestehenden Arbeitsgemeinschaften sowie den vom UBV eingerichteten Projektgruppen und Foren das Antrags- und Rederecht für die Unterbezirksparteitage zu; den</p>	<p>§4 (1) Die gemäß § 10 Abs. 1 OrgStatut der SPD zugelassenen Arbeitsgemeinschaften können auch im Bereich des Unterbezirks Kassel Stadt gebildet werden. Neben diesen können vom UB-Vorstand Projektgruppen und Foren eingerichtet werden, in denen auch Nichtmitglieder mitarbeiten können.</p> <p>(2) Vom UB-Vorstand eingerichtete Projektgruppen und Foren besitzen Antrags- und Rederecht für die Unterbezirksparteitage</p>



<p>Arbeitsgemeinschaften zudem das Personalvorschlagsrecht.</p>	
<p>Quotierung</p> <p>§5 (1) In den Organen sowie bei allen Listenvorschlägen des Unterbezirks müssen Frauen und Männer mindestens zu je 40 % vertreten sein.</p> <p>(2) Bei einer Listenwahl sind die Kandidatinnen und Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl gewählt, soweit die Quote des § 5 Abs. 1 erfüllt wird. Wird die Quote nicht erfüllt, so sind im ersten Wahlgang die Kandidatinnen bzw. Kandidaten des „überrepräsentierten“ Geschlechts nur bis zu ihrer Höchstquote von 60 % gewählt, die Kandidatinnen bzw. Kandidaten des „unterrepräsentierten“ Geschlechts nur, soweit sie mindestens die gleiche Stimmenzahl erreichen wie der oder die erste Nichtgewählte der anderen Gruppe. In einem zweiten Wahlgang sind nur noch die Kandidatinnen bzw. Kandidaten des „unterrepräsentierten“ Geschlechts wählbar.</p>	<p>Quotierung</p> <p>§5 (1) In den Organen sowie bei allen Listenvorschlägen des Unterbezirks müssen Frauen und Männer mindestens zu je 40 % vertreten sein.</p> <p>(2) Bei einer Listenwahl sind die Kandidatinnen und Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl gewählt, soweit die Quote des § 5 Abs. 1 erfüllt wird. Wird die Quote nicht erfüllt, so sind im ersten Wahlgang die Kandidatinnen bzw. Kandidaten des „überrepräsentierten“ Geschlechts nur bis zu ihrer Höchstquote von 60 % gewählt, die Kandidatinnen bzw. Kandidaten des „unterrepräsentierten“ Geschlechts nur, soweit sie mindestens die gleiche Stimmenzahl erreichen wie der oder die erste Nichtgewählte der anderen Gruppe. In einem zweiten Wahlgang sind nur noch die Kandidatinnen bzw. Kandidaten des „unterrepräsentierten“ Geschlechts wählbar.</p>
<p>Unterbezirksparteitag</p> <p>§ 6 (1) Der UB-Parteitag ist das oberste Organ des Unterbezirks. Der UBParteitag soll innerhalb der ersten sechs Monate des Kalenderjahres</p>	<p>Unterbezirksparteitag</p> <p>§6 (1) Der UB-Parteitag ist das oberste Organ des Unterbezirks.</p>



stattfinden. Parteitage, auf denen Vorschläge zu Wahlen zur Besetzung von öffentlichen Ämtern stattfinden oder über das Organisationsstatut beschlossen wird, sind als Delegiertenkonferenz einzuberufen (*). Der Unterbezirksparteitag wird vom Unterbezirksvorstand einberufen. Der UB-Vorstand kann den Parteitag a) als Delegiertenkonferenz b) oder als Vollversammlung einberufen. In diesem Fall sind alle Mitglieder im Unterbezirk stimmberechtigt.

(2) Der UB-Parteitag besteht aus der Gesamtzahl von 200 stimmberechtigten Mitgliedern. Die Gesamtzahl setzt sich zusammen aus:

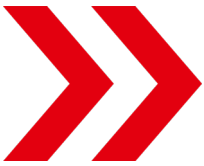
- a) 160 in den Ortsvereinen geheim gewählten Delegierten,
- b) je 6 von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (Jusos), der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) und der Arbeitsgemeinschaft 60 plus (AG 60 plus) und 4 von der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) gewählten Delegierten,
- c) den 12 Mitgliedern des UB-

(2) Zur Zuständigkeit des UB-Parteitages gehören insbesondere folgende Aufgaben:

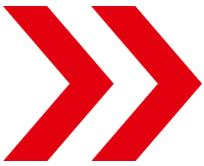
- a) Entgegennahme der Berichte und deren Beratung,
- b) die Wahl des UB-Vorstandes,
- c) die Wahl von 8 Mitgliedern des Unterbezirksausschusses,
- d) die Wahl der Revisor*innen und der Schiedskommission,
- e) die Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag, zum Landesparteitag und zum Bundesparteitag,
- f) die Beschlussfassung über Anträge, die Beratung von allgemeinen Richtlinien für die politische und organisatorische Arbeit des Unterbezirks,
- g) die Entlastung des UB-Vorstandes.

Die unter b), c), d) und e) bezeichneten Aufgaben des UB-Parteitages werden in jedem zweiten Jahr durchgeführt.

Der Parteitag beschließt mit einfacher Mehrheit, ob ein*e Vorsitzende*r oder aber zwei gleichberechtigte Vorsitzende, davon eine Frau gewählt werden sollen. Die Regelung des ORGSTATUS SPD, der Wahl-, Schieds- und Finanzordnung, die die*den Vorsitzende*n betreffen, gelten für die beiden Vorsitzenden entsprechend.



<p>Vorstandes.</p> <p>Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Ortsvereine erfolgt nach der Zahl der Mitglieder, für die in den vorausgegangenen abgerechneten vier Quartalen Beiträge abgeführt worden sind. Für die Aufteilung der Mandate auf Frauen und Männer gelten die Bestimmungen des § 5 Abs. 1-3 entsprechend. (*) Diese Regelung gilt insbesondere für die Wahlkreiskonferenzen nach § 10 dieses Statuts</p> <p>(3) Mit beratender Stimme nehmen am UB-Parteitag teil: Die Mitglieder des UB-Ausschusses, soweit sie nicht als Delegierte gewählt worden sind, und die Gastdelegierten.</p> <p>(4) Gäste können vom UB-Vorstand eingeladen werden.</p> <p>(5) Die UB-Parteitage werden vom UB-Vorstand einberufen.</p> <p>a) Die Termine sind zwei Monate vorher den Ortsvereinen, dem Bezirksvorstand und den Bundestags- und Landtagsabgeordneten des Unterbezirks schriftlich bekannt zu geben.</p> <p>b) Die Einladung und die Delegiertenausweise sind den</p>	<p>(3) Alle anwesenden Mitglieder der Kasseler SPD besitzen Stimmrecht-</p> <p>(4) Der UB-Parteitag ist beschlussfähig, wenn dieser satzungsgemäß einberufen und eingeladen wurde.</p> <p>Die Beschlussfähigkeit wird zu Beginn des UB-Parteitages festgestellt.</p> <p>(5) Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit ist ein Antrag abgelehnt. Das Präsidium des UB-Parteitages und seine Hilfsorgane können in offener Abstimmung gewählt werden, sofern niemand widerspricht. Auf Antrag muss bei Sachanträgen geheim abgestimmt werden, wenn ein Drittel der anwesenden Mitglieder den Antrag auf geheime Abstimmung unterstützt.</p> <p>(6) Gäste können vom UB-Vorstand eingeladen werden.</p> <p>(7) Die UB-Parteitage werden vom UB-Vorstand einberufen.</p> <p>a) Die Termine sind zwei Monate vorher den Mitgliedern, dem Bezirksvorstand und den Bundestags- und Landtagsabgeordneten des Unterbezirks per Mail bekannt zu geben.</p> <p>b) Alle Mitglieder sind 8 Wochen vor dem</p>
---	---



Delegierten mit allen Unterlagen zwei Wochen vor dem Parteitag über die Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften zuzuleiten. Die Unterlagen sind spätestens drei Tage vor Ablauf der Zustellfrist den Ortsvereinen zu übergeben.

c) Im Fall einer Mitgliederversammlung nach § 6 (1) b sind alle Mitglieder 5 Wochen vor dem Termin des Parteitages zu diesem Parteitag schriftlich einzuladen. In der Einladung ist mitzuteilen, wo und wann das Mitglied sich die Unterlagen abholen kann. Elektronische Zustellung ist für die Einladung und für die Zusendung der Unterlagen zulässig.

(6) Der UB-Parteitag wählt aus den Reihen der stimmberechtigten Delegierten ein aus fünf Mitgliedern bestehendes Präsidium.

(7) Der UB-Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist. Wird der Parteitag als Mitgliederversammlung einberufen, müssen 100 Mitglieder anwesend sein. Die Beschlussfähigkeit wird zu Beginn des UB-Parteitages festgestellt und gilt solange als

Termin des Parteitages zu diesem Parteitag schriftlich einzuladen.

c) In der Einladung ist mitzuteilen, wo und wann das Mitglied sich die Unterlagen abholen kann.

d) Elektronische Zustellung ist für die Einladung und für die Zusendung der Unterlagen zulässig.

(8) Der UB-Parteitag wählt aus den Reihen der anwesenden Mitglieder ein aus fünf Mitgliedern bestehendes Präsidium.

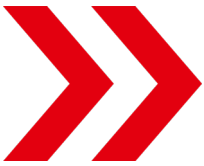
(9) Der UB-Parteitag gibt sich eine Geschäftsordnung.

(10) Bei Wahlen in Funktionen und für Mandate der Partei gilt die Wahlordnung der SPD.

(11) a) Anträge und Wahlvorschläge können vom UB-Vorstand, dem UB-Ausschuss und den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften, soweit in den Mitgliederversammlungen beschlossen, oder von 25 stimmberechtigten Mitgliedern eingereicht werden.

b) Anträge und Wahlvorschläge müssen mindestens 31 Tage vor dem UB-Parteitag beim UB-Vorstand vorliegen.

c) Initiativanträge können dem UB-Parteitag nur zu solchen Fragen vorgelegt



vorhanden, bis das Gegenteil auf Antrag festgestellt wird.

(8) Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit ist ein Antrag abgelehnt. Wahlen sind geheim. Das Präsidium des UB-Parteitag und seine Hilfsorgane können in offener Abstimmung gewählt werden, sofern niemand widerspricht. Auf Antrag muss bei Sachanträgen geheim abgestimmt werden, wenn ein Drittel der Delegierten den Antrag unterstützt.

(9)

a) Anträge und Wahlvorschläge können vom UB-Vorstand, dem UBAusschuss und den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften, soweit in den Mitgliederversammlungen und Delegiertenkonferenzen beschlossen, oder von 25 stimmberechtigten Delegierten eingereicht werden.

b) Anträge und Wahlvorschläge müssen mindestens 31 Tage vor dem UB-Parteitag beim UB-Vorstand vorliegen.

c) Initiativanträge können dem UB-Parteitag nur zu solchen Fragen vorgelegt werden, die sich nach Ablauf der Antragsfrist ergeben haben. Sie

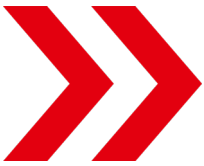
werden, die sich nach Ablauf der Antragsfrist ergeben haben. Sie bedürfen der Unterstützung von 25 stimmberechtigten anwesenden Mitgliedern. Über die Zulassung der Beratung entscheidet der UB-Parteitag. d) Wahlvorschläge können auch während des UB-Parteitages eingebracht werden

(12) a) Der UB-Vorstand und die Arbeitsgemeinschaften legen dem UB-Parteitag einen schriftlichen Tätigkeitsbericht für das vergangene Geschäftsjahr vor.

In dem Tätigkeitsbericht des UB-Vorstandes ist u. a. über die Teilnahme der Mitglieder des UB-Vorstandes an den Vorstandssitzungen und die Erledigung der von vorangegangenen UB-Parteitag beschlossenen Anträge zu berichten. Der Bericht des UB-Vorstandes ist mündlich zu erläutern.

b) Die Bundestags- und Landtagsabgeordneten, sowie die Stadtverordnetenfraktion haben dem Unterbezirksparteitag über ihre Arbeit zu berichten.

c) Die Delegierten zum Bundesparteitag haben dem Unterbezirksausschuss über den Parteitag zu berichten. Die Berichte sollen über das Votum der Delegierten des Unterbezirks zu den vom Bezirk Hessen



bedürfen der Unterstützung von 25 stimm- berechtigten Delegierten. Über die Zulassung der Beratung entscheidet der UB-Parteitag.

d) Wahlvorschläge können auch während des UB-Parteitages eingebracht werden; sie bedürfen der Unterschrift von 10 stimmberechtigten Delegierten oder 10 Mitglieder.

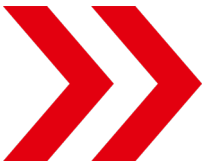
(10) Der UB-Vorstand und die Arbeitsgemeinschaften legen dem UB-Parteitag einen schriftlichen Tätigkeitsbericht für das vergangene Geschäftsjahr vor. In dem Tätigkeitsbericht des UB-Vorstandes ist u. a. über die Teilnahme der Mitglieder des UB-Vorstandes an den Vorstandssitzungen und die Erledigung der von vorangegangenen UB-Parteitag beschlossenen Anträge zu berichten. Der Bericht des UB-Vorstandes ist mündlich zu erläutern. Die Bundestags- und Landtagsabgeordneten, sowie die Stadtverordnetenfraktion haben dem Unterbezirksparteitag über ihre Arbeit zu berichten. Die Delegierten zum Bundesparteitag haben dem Unterbezirksausschuss über den Parteitag zu berichten. Die Berichte sollen über das Votum der Delegierten

Nord an den Parteitag verwiesenen Anträgen aus dem UB Kassel-Stadt Auskunft geben.

(13) UB-Parteitage ohne Wahlen können ganz oder teilweise digital stattfinden.

(14) Der ordentliche UB-Parteitag soll innerhalb der ersten sechs Monate des Kalenderjahres stattfinden.

(15) Nach der Hälfte der Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung ist ein kommunalpolitischer Parteitag einzuberufen.



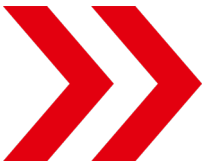
des Unterbezirks zu den vom Bezirk HessenNord an den Parteitag verwiesenen Anträgen aus dem UB Kassel-Stadt Auskunft geben.

(11) Der UB-Parteitag gibt sich eine Geschäftsordnung.

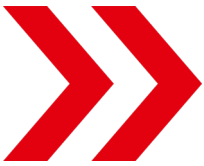
(12) Zur Zuständigkeit des UB-Parteitages gehören insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Entgegennahme der Berichte und deren Beratung,**
- b) die Wahl des UB-Vorstandes,**
- c) die Wahl von 8 Mitgliedern des Unterbezirksausschusses,**
- d) die Wahl der Revisorinnen und Revisoren und der Schiedskommission,**
- e) die Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag, zum Landesparteitag und zum Bundesparteitag,**
- f) die Beschlussfassung über Anträge, die Beratung von allgemeinen Richtlinien für die politische und organisatorische Arbeit des Unterbezirks,**
- g) die Entlastung des UB-Vorstandes.**

(13) Die unter b), c) und d) bezeichneten Aufgaben des UB-



<p>Parteitages werden in jedem zweiten Jahr durchgeführt.</p>	
<p>Außerordentliche UB-Parteitage</p> <p>§ 7 (1) Außerordentliche UB-Parteitage werden vom UB-Vorstand einberufen. Der UB-Vorstand kann jederzeit einen außerordentlichen UB-Parteitag einberufen. Auf Antrag der Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des UBAusschusses oder von fünf Ortsvereinen muss der UB-Vorstand einen außerordentlichen UB-Parteitag einberufen, der innerhalb eines Monats nach Antragstellung stattfinden muss.</p> <p>(2) Für die Einberufung und Durchführung der außerordentlichen UB-Parteitage gelten die Bestimmungen über den Parteitag mit der Ausnahme, daß die unter § 6, Abs. 5 und § 6, Abs. 9 b genannten Fristen verkürzt werden können. Die Entscheidung über Fristenverkürzungen liegt beim UB-Vorstand.</p> <p>(3) Nach der Hälfte der Wahlperiode ist ein kommunalpolitischer Parteitag einzuberufen.</p>	<p>Außerordentliche UB-Parteitage</p> <p>§ 7 (1) Außerordentliche UB-Parteitage werden vom UB-Vorstand einberufen. Der UB-Vorstand kann jederzeit einen außerordentlichen UB-Parteitag einberufen. Auf Antrag der Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des UB-Ausschusses oder von fünf Ortsvereinen muss der UB-Vorstand einen außerordentlichen UB-Parteitag einberufen, der innerhalb eines Monats nach Antragstellung stattfinden muss.</p> <p>(2) Für die Einberufung und Durchführung der außerordentlichen UB-Parteitage gelten die Bestimmungen in §6 mit der Ausnahme, dass die unter § 6, Abs. 7 und § 6, Abs. 11 b genannten Fristen verkürzt werden können. Die Entscheidung über Fristenverkürzungen liegt beim UB-Vorstand.</p>
<p>Unterbezirksvorstand</p>	<p>Unterbezirksvorstand</p>



§ 8 (1) Der Unterbezirksvorstand besteht aus:

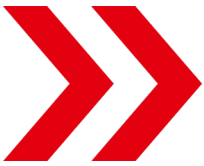
- a) der/ dem Vorsitzenden
- b) drei stellvertretenden Vorsitzenden
- c) der/dem Schatzmeister(in)
- d) einer/ einem Beisitzer(in) für den Aufgabenbereich Mitgliederbetreuung/ Mitgliedergewinnung/ Personalentwicklung
- e) einer/ einem Beisitzer(in) für den Aufgabenbereich Arbeitsgemeinschaften und Zielgruppen, Betriebs- und Projektgruppen
- f) einer/ einem Beisitzer(in) für den Aufgabenbereich Ortsvereine und Ortsbeiräte, Organisation und Struktur
- g) einer/ einem Beisitzer(in) für den Aufgabenbereich Kommunikation und Öffentlichkeit
- h) drei Beisitzerinnen/ Beisitzern, deren Aufgabenbereiche vom Unterbezirksvorstand festgelegt werden.

Die Positionen a) bis c) bilden den geschäftsführenden Unterbezirksvorstand. Aufgrund des Erfordernis der Quotierung des geschäfts-führenden Unterbezirksvorstands, wird die Position c) vor der Position b) gewählt.

§ 8 (1) Der UB-Vorstand nimmt die politischen und organisatorischen Aufgaben des Unterbezirks wahr und ist für die Durchführung der Beschlüsse des UB-Parteitages verantwortlich. Rechtsverbindliche Erklärungen im Namen des Unterbezirks werden nur von der*m*n Vorsitzenden mit einem weiteren Mitglied des geschäftsführenden UB-Vorstandes oder im Falle ihrer*seiner Verhinderung von eine*r Stellvertreter*in mit einem weiteren Mitglied des geschäftsführenden UB-Vorstandes abgegeben.

(2) Innerhalb des Vorstandes soll jede*r Beisitzer*in im Rahmen der Geschäftsverteilung die Betreuung eines Fachreferates übernehmen. Er*Sie berichtet darüber schriftlich dem UB-Parteitag. Zu den weiteren Aufgaben des UB-Vorstandes gehören insbesondere:

- a) Die Erarbeitung von Grundlagen für die programmatische Diskussion im Unterbezirk,
- b) die Beratung der Stadtverordneten und der Magistratsfraktion und der Bundestags- und Landtagsabgeordneten in allen politischen Fragen,
- c) die Vorbereitung des UB-Parteitages und der außerordentlichen UB-Parteitage,



Die unter a) sowie unter c) – g) genannten **Vorstandspositionen** werden in Einzelwahl gewählt. Die unter b) und h) genannten Positionen werden nach den Grundsätzen der Listenwahl gewählt. Von den für die Positionen a) bis h) gewählten Personen, sollen nicht mehr als die Hälfte zugleich Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung oder des Magistrats der Stadt Kassel sein. Mit beratender Stimme nehmen an den Sitzungen des UBV Teil:

- a) Die/ der **Ausländerbeauftragte des Unterbezirks**
- b) Die **Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften im Unterbezirk**
- c) Die/ der **Vorsitzende der SPD-Stadtverordnetenfraktion oder eine Vertreterin/ ein Vertreter**
- d) die **hauptamtlichen SPD-Mitglieder des Magistrats**
- e) die den Bereich der Stadt Kassel vertretenden **Abgeordneten der SPD im Deutschen Bundestag im Hessischen Landtag sowie im Europäischen Parlament.**
- f) **die/ der Unterbezirksgeschäftsführer(in)**

(2) Der UB-Vorstand wird auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Die

- d) die **Aufstellung des Finanzplanes und die Erhebung von Sonderbeiträgen,**
- e) die **Bildung und Abgrenzung der Arbeitsgebiete und der Erlass von Richtlinien für Ausschüsse, Arbeitskreise und Seminare,**
- f) die **Bestätigung der Arbeitsgemeinschaften und derer Richtlinien,**
- g) die **Durchführung und Vorbereitung von Werbemaßnahmen und zentraler Veranstaltungen,**
- h) die **Vorbereitung öffentlicher Wahlen,**
- i) die **Einstellung und Entlassung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Unterbezirksbüros und die Festlegung ihrer Gehälter.**

(3) Der Unterbezirksvorstand besteht aus:

- a) dem*r **Vorsitzenden oder zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, davon eine Frau,**
- b) **zwei stellv. Vorsitzenden wenn eine Doppelspitze gewählt wurde, ansonsten aus drei stellv. Vorsitzenden**
- c) **der/dem Schatzmeister(in)**
- d) **einer/ einem Beisitzer(in) für den Aufgabenbereich Mitgliederbetreuung/ Mitgliedergewinnung/ Personalentwicklung**
- e) **einer/ einem Beisitzer(in) für den Aufgabenbereich Arbeitsgemeinschaften**



Wahlvorschläge sind alphabetisch zu ordnen. Als Vorsitzende/Vorsitzender, Stellvertreterin/Stellvertreter oder Schatzmeisterin/Schatzmeister und Beisitzerin/Beisitzer mit einem festgeschriebenen Arbeitsbereich ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Wird die geforderte Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erreicht, so muß die Kandidatinnen- und Kandidatenliste neu eröffnet werden. Wird dann die geforderte Mehrheit nicht erreicht, so findet zwischen den beiden Kandidatinnen/Kandidaten, die jeweils die meisten Stimmen auf sich vereinigt haben, eine Stichwahl statt. Erhalten bei der Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer mehrere Bewerberinnen und Bewerber um den dritten nicht an einen Arbeitsbereich gebundenen Sitz die gleiche Stimmenzahl, so findet zwischen diesen eine Stichwahl statt.

(3) Der UB-Vorstand nimmt die politischen und organisatorischen Aufgaben des Unterbezirks wahr und ist für die Durchführung der Beschlüsse des UB-Parteitagess verantwortlich. Rechtsverbindliche Erklärungen im Namen des Unterbezirks werden nur von der/ dem Vorsitzenden mit einem

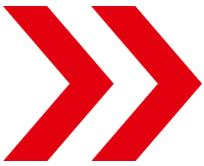
und Zielgruppen, Betriebs- und Projektgruppen

- f) einer/ einem Beisitzer(in) für den Aufgabenbereich Ortsvereine und Ortsbeiräte, Organisation und Struktur
- g) einer/ einem Beisitzer(in) für den Aufgabenbereich Kommunikation und Öffentlichkeit
- h) einer/einem Besitzer*in für den Aufgabenbereich Migration und Diversität
- i) zwei Beisitzerinnen/ Beisitzern, deren Aufgabenbereiche vom Unterbezirksvorstand festgelegt werden.

Die Positionen 1a) bis 1c) bilden den geschäftsführenden Unterbezirksvorstand.

Der UB-Vorstand wird auf die Dauer von zwei Jahren gewählt.

(4) Der geschäftsführenden Unterbezirksvorstand (§8 (6)) ist quotiert zu besetzen. Um dies zu gewährleisten wird die Position c) vor der Position b) gewählt. Die unter a) sowie unter c) – g) genannten Vorstandspositionen werden in Einzelwahl gewählt, Die unter b) und h) genannten Positionen werden nach den Grundsätzen der Listenwahl gewählt. Von den für die Positionen a) bis h) gewählten Personen, sollen nicht mehr als



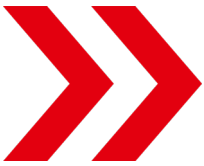
weiteren Mitglied des geschäftsführenden UB-Vorstandes oder im Falle ihrer/ seiner Verhinderung von einer Stellvertreterin/ einem Stellvertreter mit einem weiteren Mitglied des geschäftsführenden UB-Vorstandes abgegeben. Innerhalb des Vorstandes soll jede Beisitzerin/jeder Beisitzer im Rahmen der Geschäftsverteilung die Betreuung eines Fachreferates übernehmen. Er/Sie berichtet darüber schriftlich dem UB-Parteitag. Zu den weiteren Aufgaben des UB-Vorstandes gehören insbesondere: Die Erarbeitung von Grundlagen für die programmatische Diskussion im Unterbezirk, die Beratung der Stadtverordneten und der Magistratsfraktion und der Bundestags- und Landtagsabgeordneten in allen politischen Fragen, die Vorbereitung des UB-Parteitages und der außerordentlichen UB-Parteitage, die Aufstellung des Finanzplanes, die Erhebung von Sonderbeiträgen, die Bildung und Abgrenzung der Arbeitsgebiete und der Erlaß von Richtlinien für Ausschüsse, Arbeitskreise und Seminare, die Bestätigung der

die Hälfte zugleich Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung oder des Magistrats der Stadt Kassel sein.

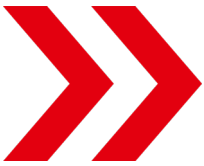
(5) Mit beratender Stimme nehmen an den Sitzungen des UBV Teil:

- a) Die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften im Unterbezirk
- b) Die*der Vorsitzende bzw. die Vorsitzenden der SPD-Stadtverordnetenfraktion oder eine*r Vertreter*in,
- c) die hauptamtlichen SPD-Mitglieder des Magistrats,
- d) die den Bereich der Stadt Kassel vertretenden Abgeordneten der SPD im Deutschen Bundestag und im Hessischen Landtag,
- e) die*der Unterbezirksgeschäftsführer*in

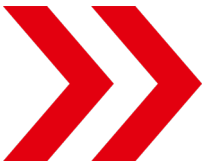
(6) Der UB-Vorstand soll mindestens sechsmal im Jahr tagen. Auf Antrag eines Drittels der stimmberechtigten Mitglieder ist der UB-Vorstand von der*m*n Vorsitzenden oder im Verhinderungsfalle von eine*r Stellvertreter*in einzuberufen.



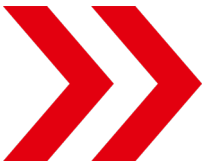
<p>Arbeitsgemeinschaften, die Durchführung und Vorbereitung von Werbemaßnahmen und zentraler Veranstaltungen, die Vorbereitung öffentlicher Wahlen, die Einstellung und Entlassung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Unterbezirksbüros und die Festlegung ihrer Gehälter.</p> <p>(4) Der UB-Vorstand soll mindestens sechsmal im Jahr tagen. Auf Antrag eines Drittels der stimmberechtigten Mitglieder ist der UB-Vorstand von der/von dem Vorsitzenden oder im Verhinderungsfalle von einer Stellvertreterin/einem Stellvertreter einzuberufen.</p>	
<p>Unterbezirksausschuss</p> <p>§ 9 (1) Der Unterbezirksausschuss besteht aus:</p> <ul style="list-style-type: none">a) dem Unterbezirksvorstand,b) 8 vom UB-Parteitag gewählten Mitgliedern,c) je einer/einem Vertreter/in aus jedem Ortsverein,d) der/dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenfraktion,e) der/dem Vorsitzenden der Magistratsfraktion,f) den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften,	<p>Unterbezirksausschuss</p> <p>§ 9 (1) Dem UB-Ausschuss obliegt die Beratung und Beschlussfassung über politische und organisatorische Vorgänge und Maßnahmen, die für den Unterbezirk von besonderer Bedeutung sind.</p> <p>(2) Der Unterbezirksausschuss besteht aus:</p> <ul style="list-style-type: none">a) dem Unterbezirksvorstand,b) 8 vom UB-Parteitag gewählten Mitgliedern,c) 30 gewählte Vertreter*innen aus den



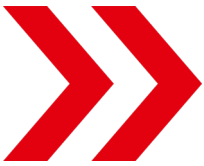
<p>g) den Bundestags- und Landtagsabgeordneten, h) den Revisorinnen und Revisoren.</p> <p>Stimmberechtigt sind die Mitglieder unter a) bis c) und f), die übrigen Mitglieder, die Bezirks-/der Bezirks- und die Unterbezirksgeschäftsführerin/der Unterbezirksgeschäftsführer haben beratende Stimme. Hat ein Mitglied mehr als eines der unter a) bis c) genannten Mandate inne, so hat es nur eine Stimme. Die Mitglieder unter c) bis f) können sich im Verhinderungsfalle nur durch ihre/ihren für diese Funktion gewählte Stellvertreterin/ gewählten Vertreter vertreten lassen. Ein Ortsverein oder eine Arbeitsgemeinschaft kann eine/einen 1. und eine/einen 2. Stellvertreter/Stellvertreterin benennen.</p> <p>(2) Dem UB-Ausschuss obliegt die Beratung und Beschlussfassung über politische und organisatorische Vorgänge und Maßnahmen, die für den Unterbezirk von besonderer Bedeutung sind.</p>	<p>Ortsverein nach Hare-Niemeyer, jedoch mindestens ein*e Vertreter*in je Ortsverein, d) der*dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenfraktion, e) der*dem Vorsitzenden der Magistratsfraktion, f) den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften, g) den Bundestags- und Landtagsabgeordneten, h) den Revisor*innen.</p> <p>Die unter b) und c) gewählten Mitglieder werden auf die Dauer von 2 Jahren gewählt.</p> <p>(3) Stimmberechtigt sind die Mitglieder unter a) bis c) und f), die übrigen Mitglieder, die*der Bezirks- und die Unterbezirksgeschäftsführer*in haben beratende Stimme.</p> <p>(4) Hat ein Mitglied mehr als eines der unter a) bis c) und f) genannten Mandate inne, so hat es nur eine Stimme. Die Mitglieder unter c) bis f) können sich im Verhinderungsfalle nur durch ihre*n für diese Funktion gewählte Stellvertreter*in. Ein Ortsverein oder eine Arbeitsgemeinschaft kann eine*n 1. und eine*n 2. Stellvertreter*in benennen.</p>
--	---



<p>(3) Sitzungen des Ausschusses sind mindestens viermal im Jahr durchzuführen. Auf Antrag eines Viertels der stimmberechtigten Mitglieder ist der UBAusschuss einzuberufen.</p>	<p>(5) Sitzungen des Ausschusses sind mindestens viermal im Jahr durchzuführen. Auf Antrag eines Viertels der stimmberechtigten Mitglieder ist der UB-Ausschuss einzuberufen. Der UB-Ausschuss ist für alle Mitglieder offen einzuladen.</p>
<p>Wahlkreisdelegiertenkonferenz</p> <p>§ 10 (1) Zur Aufstellung von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern für die Bundestags-, Landtags-, Oberbürgermeisterwahlen und den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung sind Wahlkreis Konferenzen einzuberufen. (*)</p> <p>(2) Bewerberinnen und Bewerber für den Wahlvorschlag zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung können vorgeschlagen werden von</p> <ul style="list-style-type: none">a) den Mitgliederversammlungen der Ortsvereine,b) dem UB-Vorstand,c) dem UB-Ausschuss,d) den Mitgliederversammlungen der Arbeitsgemeinschaften des Unterbezirks. <p>(3) Der UB-Vorstand erarbeitet einen Listenvorschlag. Er legt diesen Vorschlag dem UB-Ausschuss vor.</p>	<p>Wahlkreiskonferenz</p> <p>§10 (1) Zur Aufstellung von Wahlbewerber*innen für die Bundestags-, Landtags-, Oberbürgermeisterwahlen und den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung sind Wahlkreiskonferenzen einzuberufen.</p> <p>(2) Die Wahlkreiskonferenzen finden als Mitgliederversammlungen statt bei</p> <ul style="list-style-type: none">a) der Listenaufstellung zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung (Kommunalwahl),b) der Aufstellung des/der Kandidaten/Kandidatin zur Oberbürgermeisterwahl,c) der Aufstellung der Kandidaten zur Landtagswahl. <p>(3) Aufgrund der Gebietsüberschneidung mit Kassel-Land findet die Wahlkreisdelegiertenkonferenz zur Bundestagswahl als Delegiertenkonferenz statt.</p>



<p>Dieser stimmt, gegebenenfalls unter Berücksichtigung weiterer Bewerberinnen und Bewerber, über den Vorschlag nach eigener Geschäftsordnung ab.</p> <p>(4) Bei der Listenaufstellung sollen folgende Kriterien berücksichtigt werden:</p> <ul style="list-style-type: none">a) Wichtige Fachkompetenz und Wahlaussichten,b) Repräsentation der vorhandenen Ortsvereine im Unterbezirk Kassel-Stadt,c) Altersstruktur, (*) Siehe dazu die Regelung in § 6 (1) dieses Statutsd) Repräsentanz gesellschaftlicher Gruppene) Geschlechterquote nach § 5 Abs. 1 des Organisationsstatuts. <p>(5) Diese Liste wird der Wahlkreisdelegiertenkonferenz vorgelegt. Die allgemeinen Kriterien für ihre Aufstellung werden vom UB-Vorstand den Delegierten erläutert. Weitere Personenvorschläge können nach Maßgabe der Geschäftsordnung auch noch während der Wahlkreisdelegiertenkonferenz eingebracht werden; sie bedürfen der</p>	<p>Stadtverordnetenversammlung</p> <p>(4) Bei der Listenaufstellung zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung soll ein Kriterienkatalog berücksichtigt werden, der rechtzeitig vom UB-Ausschuss beschlossen wird.</p> <p>(5) Bewerber*innen und für den Wahlvorschlag zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung können vorgeschlagen werden von</p> <ul style="list-style-type: none">a) den Mitgliederversammlungen der Ortsvereine,b) dem UB-Vorstand,c) dem UB-Ausschuss,d) den Mitgliederversammlungen der Arbeitsgemeinschaften des Unterbezirks. <p>(6) Der UB-Vorstand erarbeitet aus diesen Vorschlägen einen Listenvorschlag und legt diesen dem UB-Ausschuss vor. Dieser stimmt, gegebenenfalls unter Berücksichtigung weiterer Bewerber*innen, über den Vorschlag nach eigener Geschäftsordnung ab. Unter den Plätzen 2 bis 36 soll jeder Ortsverein mit mindestens einem*r Bewerber*in vertreten sein.</p> <p>(7) Diese Liste wird der Wahlkreisdelegiertenkonferenz vorgelegt. Der</p>
--	--



Unterschrift von 25 stimmberechtigten Delegierten.

(6) Die Bewerberin/der Bewerber für den ersten Listenplatz wird hierzu in einem besonderen Wahlgang vorab gewählt. Hierzu unterbreiten UB-Vorstand und UB-Ausschuss der Wahlkreisdelegiertenkonferenz einen Vorschlag. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält.

(7) Die folgenden Plätze werden nach den Grundsätzen der verbundenen Einzelwahl vergeben. In einem ersten Wahlgang wird der komplette Listenvorschlag ab Platz 2 zur Abstimmung gestellt. In den darauf folgenden Wahlgängen steht die, jeweils um die im vorigen Wahlgang gewählten Kandidatinnen/ Kandidaten verminderte Vorschlagsliste zur Abstimmung. Gewählt sind in jedem Wahlgang die ersten zehn Kandidatinnen oder Kandidaten mit den höchsten Stimmergebnissen. Es können höchstens zehn, es müssen mindestens fünf Stimmen abgegeben werden. Vor Eintritt in jeden Wahlgang wird der Platzierungsvorschlag vom UBV gesondert begründet. Die

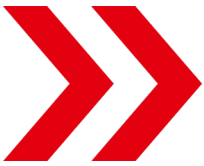
Kriterienkatalog für die Listenaufstellung wird durch den UB-Vorstand begründet und durch den Wahlkreisdelegiertenkonferenz bestätigt.

(8) Weitere Personenvorschläge können nach Maßgabe der Geschäftsordnung auch noch während der Wahlkreisdelegiertenkonferenz eingebracht werden.

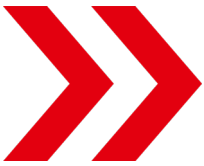
(9) Nichtmitglieder können als Kandidat*innen für kommunale Mandate (Stadtverordnetenversammlung und Ortsbeiräte) gewählt werden, wenn die Wahlkreisdelegiertenkonferenz dies beschließt.

(10) Ist ein Kandidat oder eine Kandidatin oder sind mehrere Kandidaten und Kandidatinnen für eine Funktion aufgestellt, so ist gewählt, wer die Mehrheit der gültigen Stimmen erhalten hat. Stimmenthaltungen sind gültige Stimmen.

(11) Erhält kein Kandidat oder keine Kandidatin die Mehrheit der gültigen Stimmen, so findet ein weiterer Wahlgang statt, in dem die einfache Mehrheit entscheidet. Bei Einzelwahlen mit nur einem Bewerber oder einer Bewerberin sind Nein-Stimmen statthaft. Endgültig



<p>jeweiligen Kandidatinnen/ Kandidaten sollen sich persönlich vorstellen.</p> <p>(8) Unter den Plätzen 2 bis 36 muss jeder Ortsverein mit mindestens einem Bewerber/einer Bewerberin vertreten sein. Ist dies nicht der Fall, ist die satzungsmäßige Vertretung der Ortsvereine gegebenenfalls durch Vorrücken des Bewerbers/der Bewerberin sicherzustellen. Die Besetzung des ersten Listenplatzes wird auf die Ortsvereinsquote nicht angerechnet. Es wird für die Ortsvereinsquote auch nur der Bewerber/die Bewerberin angerechnet, der/die von seinem/ihrem Ortsverein vorgeschlagen worden ist.</p> <p>(9) Die Quote des § 5 Abs. 1 muss unter den Gewählten eines jeden Wahlganges erfüllt sein. Ist dies nicht der Fall, richtet sich das weitere Vorgehen nach § 5 Abs. 3 dieses Statuts. Die Geschlechterquote geht der Ortsvereinsquote vor.</p> <p>(10) Über die so aufgestellte Liste wird mit einem abschließenden Wahlgang geheim abgestimmt.</p>	<p>nicht gewählt ist, wer mehr Nein- als Ja-Stimmen auf sich vereinigt. Bei Einzelwahlen mit mehreren Bewerbern bzw. Bewerberinnen sind Nein-Stimmen unstatthaft.</p> <p>(12) Bei Stimmgleichheit findet eine Stichwahl statt. Bei erneuter Stimmgleichheit entscheidet das Los.</p> <p>(13) Die Listenaufstellung für die Stadtverordnetenversammlung erfolgt in Einzelwahl beginnend mit der Spitzenkandidatin oder dem Spitzenkandidaten, für jeden Listenplatz gesondert. Mehrere Einzelwahlen können in einem Urnengang verbunden werden (verbundene Einzelwahl), soweit für den Listenplatz nur ein Bewerber oder eine Bewerberin kandidiert. Bewerberinnen und Bewerber für vordere Listenplätze sind zur Kandidatur auf hinteren Listenplätzen zuzulassen, soweit die Vorgaben des §11 ORGSTATUT SPD gewahrt sind. Vor Eintritt in jeden Wahlgang wird der Platzierungsvorschlag vom UBV gesondert begründet. Die jeweiligen Kandidat*innen sollen sich persönlich vorstellen.</p> <p>(14) In Wahlgängen, in denen gleichzeitig mehr als eine Person zu wählen ist</p>
---	--

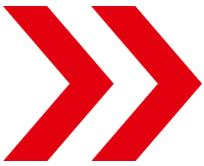


(11) Nichtmitglieder können als Kandidatinnen oder Kandidaten für kommunale Mandate (Stadtverordnetenversammlung und Ortsbeiräte) gewählt werden, wenn die jeweils zuständige Mitglieder- oder Delegiertenversammlung dies beschließt.

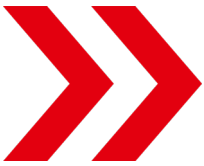
(Listenwahl), können auf einem Stimmzettel höchstens so viele Kandidaten und Kandidatinnen gewählt werden, wie insgesamt zu wählen sind. Ein Stimmzettel ist gültig, wenn mindestens die Hälfte der Zahl der zu Wählenden aus der Vorschlagsliste gewählt ist.

(15) Bei einer Listenwahl sind die Kandidatinnen und Kandidaten nur gewählt, soweit die Quotenvorgaben des § 11 Abs. 2 des ORGSTATUT SPD erfüllt werden. Wird die Quote nicht erfüllt, so sind im ersten Wahlgang die Kandidatinnen bzw. Kandidaten des überrepräsentierten Geschlechts nur bis zu ihrer Höchstquote von 60 % gewählt, die Kandidatinnen bzw. Kandidaten des unterrepräsentierten Geschlechts nur, soweit sie mindestens die gleiche Stimmenzahl erreichen wie der oder die erste Nichtgewählte der anderen Gruppe. In einem weiteren Wahlgang sind nur noch die Kandidatinnen bzw. Kandidaten des unterrepräsentierten Geschlechts wählbar.

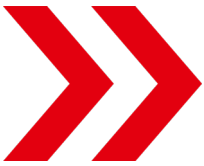
(16) Um §10 Abs. 15 dieser Satzung zu erfüllen, ist die Liste ab dem ersten Listenplatz streng alternierende aufzustellen (Reißverschlussverfahren).



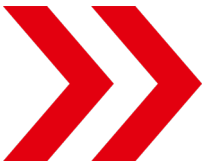
	<p>Kandidieren Vertreterinnen oder Vertreter des unterrepräsentierten Geschlechts nicht in ausreichender Zahl, so kommen Kandidaturen des überrepräsentierten Geschlechts zum Zuge.</p> <p>(18) Über die so aufgestellte Liste wird mit einem abschließenden Wahlgang geheim abgestimmt.</p> <p>Landtagswahlen</p> <p>(19) Die Direkt-Kandidaten der Wahlkreise zur Landtagswahl werden in getrennten Wahlkreiskonferenzen (Wahlkreis Kassel-Stadt I und Wahlkreis Kassel-Stadt II) gewählt.</p> <p>(20) Wahlberechtigt auf der jeweiligen Wahlkreiskonferenz sind die Mitglieder, die in den entsprechenden Wahlkreisen wohnhaft sind.</p>
<p>Revisorinnen/Revisoren</p> <p>§ 11 (1) Gleichzeitig mit dem UB-Vorstand werden drei Revisorinnen/Revisoren gewählt. Die Wiederwahl ist mit der Einschränkung zulässig, dass mindestens eine Revisorin/ein Revisor neu gewählt wird und keine Revisorin/kein Revisor die Funktion länger als vier Jahre inne hat.</p>	<p>Revisor*innen</p> <p>§ 11 (1) Die vom Parteitag gewählten Revisor*innen prüfen, ob die Bestimmungen der Finanzordnung eingehalten wurden, insbesondere prüfen sie regelmäßig,</p> <p>a) ob die Buchungen mit den Belegen übereinstimmen,</p>



<p>(2) Die Revisorinnen/Revisoren haben nach freiem Ermessen einmal im Kalenderjahr Prüfungen und mindestens einmal im Jahr eine unvermutete Kassenprüfung durchzuführen.</p>	<p>b) ob die Ausgaben angemessen sind und den Beschlüssen (Wirtschaftsplan) entsprechen,</p> <p>c) ob alle Konten und die Bargeldkasse im Rechenschaftsbericht erfasst sind und</p> <p>d) ob die Beitragsleistungen satzungsgemäß sind</p> <p>(1) Gleichzeitig mit dem UB-Vorstand werden drei Revisorinnen/Revisoren gewählt</p> <p>(2) Die Revisor*innen müssen nach freiem Ermessen einmal im Kalenderjahr die Kassenprüfung durchführen. Die Revisoren haben das Recht, unvermutet Kassenprüfungen durchzuführen.</p> <p>(3) Die Revisor*innen können in offener Abstimmung gewählt werden, sofern kein stimmberechtigtes Mitglied widerspricht.</p>
<p>§ 12 (gestrichen)</p>	<p>§ 12 (gestrichen)</p>
<p>Schiedskommission</p> <p>§ 13</p> <p>Gemäß § 35 des Organisationsstatuts und § 19 des Bezirksstatuts wird beim Unterbezirk eine Schiedskommission gebildet. Die Schiedskommission besteht aus dem/der Vorsitzenden und zwei</p>	<p>Schiedskommission</p> <p>§ 13 (1) Gemäß § 35 des Organisationsstatuts und § 19 des Bezirksstatuts wird beim Unterbezirk eine Schiedskommission gebildet.</p> <p>(2) Die Schiedskommission besteht aus dem*r Vorsitzenden und zwei Stellvertreter*innen sowie vier weiteren</p>



<p>Stellvertreterinnen/Stellvertretern sowie vier weiteren Mitgliedern. Die Schiedskommission entscheidet in der Besetzung mit einem/einer Vorsitzenden und zwei Beisitzer/innen. Im Falle der Verhinderung des oder der Vorsitzenden wird dieses Amt von den Stellvertretern/Stellvertreterinnen in der Reihenfolge der auf sie bei der Wahl entfallen Stimmzahl wahrgenommen. Die weiteren Mitglieder rücken in der Reihenfolge der auf sie bei der Wahl entfallenen Stimmzahl nach. Die Mitglieder der Schiedskommission werden vom UB-Parteitag in geheimer Wahl in drei getrennten Wahlgängen auf die Dauer von zwei Jahren gewählt.</p>	<p>Mitgliedern.</p> <p>(1) Die Schiedskommission entscheidet in der Besetzung mit einem*r Vorsitzenden und zwei Beisitzer*innen. Im Falle der Verhinderung des*r Vorsitzenden wird dieses Amt von den Stellvertreter*innen in der Reihenfolge der auf sie bei der Wahl entfallen Stimmzahl wahrgenommen. Die weiteren Mitglieder rücken in der Reihenfolge der auf sie bei der Wahl entfallenen Stimmzahl nach. Die Quotenregelung ist zu beachten.</p> <p>(2) Die Mitglieder der Schiedskommission werden vom UB-Parteitag in geheimer Wahl in drei getrennten Wahlgängen auf die Dauer von zwei Jahren gewählt.</p>
--	--



<p>Beitragsleistung</p> <p>§ 14</p> <p>Voraussetzung für die Übernahme einer Funktion oder eines Mandats in der Partei oder für sie ist die Entrichtung eines satzungsgemäßen Beitrages.</p>	<p>Beitragsleistung</p> <p>§ 14</p> <p>Voraussetzung für die Übernahme einer Funktion oder eines Mandats in der Partei oder für sie ist die Entrichtung eines satzungsgemäßen Beitrages.</p>
<p>Schlussbestimmungen</p> <p>§ 15 (1) Das Statut kann nur durch einen Parteitag mit Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden stimmberechtigten Delegierten geändert werden. Dabei muss die 2/3 Mehrheit mindestens die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Delegierten umfassen.</p> <p>(2) Das Statut tritt nach seiner Annahme durch die Delegiertenkonferenz in Kraft. § 6 Abs. 2 in der Fassung vom 30. Juni 2007 tritt am 1. Juli 2007 in Kraft.</p>	<p>Schlussbestimmungen</p> <p>§ 15 (1) Das Statut kann nur durch einen Parteitag mit Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern geändert werden.</p> <p>(2) Das Statut tritt nach seiner Annahme durch die Delegiertenkonferenz vom 2. Juli 2022 in Kraft.</p>



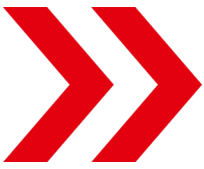
Antragsnummer	O2
Antragssteller	UBV
Betreff	Solarpflicht für SPD-Gebäude
Adressat	SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt, SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag

1 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

2 **Die sozialdemokratischen Nutzer*innen der Parteihäuser, Abgeordnetenbüros und ähnliches setzen**
3 **sich dafür ein, dass zeitnah alle technisch möglichen Dachflächen von Immobilien, welche von der**
4 **Sozialdemokratie genutzt oder die Sozialdemokratie Eigentümerin ist, mit Solaranlagen ausgestattet**
5 **werden. Kooperationen mit kommunalen Stadtwerken, Bürger*innenenergiegenossenschaften und**
6 **Mitglieder-Crowdfunding sind dabei zu prüfen.**

7 **Begründung:**

8 **Die Sozialdemokratie muss bei der Energiewende mit gutem Beispiel vorangehen. Wir setzen uns für**
9 **eine Energiewende ein, welche den Menschen Versorgungssicherheit garantiert, stabile Preise sichert**
10 **und hilft das 1,5°-Ziel zu erreichen. Mit Solaranlagen auf den genutzten Bürogebäuden setzen wir ein**
11 **klares Zeichen für die Energiewende und den Klimaschutz. Zusätzlich sichern wir uns langfristig**
12 **günstige Strompreise und stabilisieren die Energiekosten der jeweiligen Parteiebenen. Bei der**
13 **Umsetzung müssen die jeweiligen Nutzer*innen nicht unbedingt Eigentümer der Gebäude sein. Die**
14 **aktive Diskussion mit den Eigentümer*innen kann bereits beschleunigt für den Bau einer Anlage**
15 **wirken. Fehlende finanzielle Mittel für den Bau der Anlagen können über Kooperationsmodelle mit**
16 **kommunalen Stadtwerken oder Bürger*innenenergiegenossenschaften kompensiert werden.**
17 **Weiterhin sind für die Finanzierung Crowd-Funding-Modelle für die eigenen Genossinnen und**
18 **Genossen möglich.**



Antragsnummer **Ä1 zu O1**

Antragssteller **SPD-Ortsverein Nordshausen**

Betreff **Satzungsänderung**

Adressat **UBV**

1 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

2 **Die Satzung der SPD Kassel wird in Paragraph 10 Abs. 4 (Listenaufstellung zur Wahl der**
3 **Stadtverordnetenversammlung) wie folgt in Paragraph 10 Abs. 4 ergänzt:**

4

5 **Paragraph 10**
6 **Absatz (4)**

7

8 **Füge ergänzend an Satz 1 anschließend ein:**

9

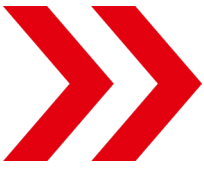
10 **„Bei der Aufstellung des Kriterienkatalogs und der daran ausgerichteten Listenaufstellung ist durch**
11 **den UB – Vorstand zu berücksichtigen, dass unter den Listenplätzen 1-36 alle Ortsvereine des UB-**
12 **Kassel mit zumindest einer/m Kandidatin/Kandidaten vertreten sind; sofern dies nicht mit**
13 **zwingenden, vorrangigen sonstigen Satzungs Vorschriften der SPD (z.B. Quotierungsregelungen)**
14 **kollidiert.**

15 **Liegen keinerlei Nominierungen/Kandidaten-Vorschläge aus einem Ortsverein vor, unabhängig**
16 **davon, ob der Kandidatenvorschlag vom betreffenden Ortsverein selbst stammt oder von einer**
17 **anderen vorschlagsberechtigten Parteigliederung, entfällt die Verpflichtung zur Berücksichtigung**
18 **dieses Ortsvereins.“**

19

20 **Begründung:**

21 **Das Prinzip der Berücksichtigung aller Ortsvereine des Unterbezirks bei der Listenaufstellung, soweit**
22 **aus deren Kreis Kandidaten-Vorschläge für die Listenaufstellung vorliegen, ist von hoher Bedeutung**
23 **für die Aufstellung der Partei in ihrer ganzen Breite sowie für die sachgerechte Interessenvertretung**



24 **aller Stadtteil-Interessen auf der kommunalpolitischen Entscheidungsebene, nämlich in der**
25 **Stadtverordnetenversammlung.**

26

27 **Die Beachtung dieses Ortsvereinsprinzips ist zugleich ein wichtiger Motivationsfaktor, sich auf der**
28 **kleinsten Parteiebene, der Ebene der Ortsvereine, in der politischen Arbeit zu engagieren. Darüber**
29 **hinaus ist die Vernetzung der einzelnen Ortsvereine mit und in die Stadtverordnetenversammlung**
30 **wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche kommunalpolitische Arbeit im Informationsaustausch**
31 **zwischen Stadtteilvertretern und den Interessenvertretern der gesamten Stadt.**

32

33 **Vergleichbar der Bedeutung von Wahlkreis-Abgeordneten auf der Landes – oder Bundesebene ist es**
34 **darüber hinaus auch für den Erfolg bei Wahlen in den einzelnen Stadtteilen wichtig, dass diese sich**
35 **nicht nur aus Sicht der SPD Partei-Mitglieder, sondern vor allem aus Sicht der Wähler und**
36 **Stadtbürger*innen angemessen repräsentiert und vertreten fühlen.**

37

38 **Zuletzt droht ansonsten insbesondere den kleineren und weniger mitgliederstarken Ortsvereinen ein**
39 **schleichender Bedeutungs – und Mitgliederverlust, wenn bei der Vergabe von aussichtsreichen**
40 **Listenplätzen eine Majorisierung durch große mitgliederstarke Ortsvereine und/oder Partei -**
41 **Gliederungen erfolgt.**

42

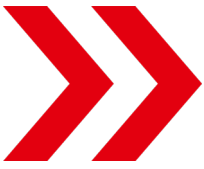
43 **Erfolgreich kann die SPD auf der kommunalpolitischen Bühne, ebenso wie auf Landes – und**
44 **Bundesebene aber nur dann sein, wenn sie als „Mitmach-Partei“ ihre kleinsten Partei-Gliederungen,**
45 **die Ortsvereine, stützt und stärkt und damit auf der Einstiegsebene in die politische Arbeit zum**
46 **Mitmachen und mitgestalten einlädt.**

47

48 **Die bisher vorgesehene Änderung der Satzung in diesem Punkt mit einer nicht näher konkretisierten**
49 **Generalmächtigung des UB – Vorstandes, den Kriterienkatalog für die Listen Aufstellung**
50 **aufzustellen, bedarf daher einer inhaltlichen Konkretisierung zur maßgeblichen Berücksichtigung des**
51 **Ortsvereinsprinzips.**

52

53 **Dem Tragen die bisher vorgeschlagenen Änderungen der Satzung in Paragraph 10 Abs. 4 und Abs. 7**
54 **nicht ausreichend Rechnung, da danach erst eine Bestätigung des Kriterienkatalogs auf der**
55 **Wahlkreis-konferenz selbst vorgesehen ist und damit zu einem Zeitpunkt, zu dem aber die**



56 **Listenaufstellung durch den UB-Vorstand unter Berücksichtigung des von UB-Vorstand zuvor im**
57 **„stillen Kämmerlein“ aufgestellten Kriterienkatalogs längst erfolgt ist. Ernsthafte Korrekturen am**
58 **Kriterienkatalog und damit auch an der danach ausgerichteten und bereits erfolgten Listenaufstellung**
59 **sind damit zum Zeitpunkt der Durchführung der Wahlkreis-Konferenz nicht mehr realistisch möglich.**

60

61 **Zusatz-Anregung:**

62

63 **Aufgrund der großen Bedeutung dieses durch den UB – Vorstand aufzustellenden Kriterienkatalogs**
64 **wäre es grundsätzlich sogar demokratisch wünschenswert, wenn dieser auf Vorschlag und nach**
65 **Vorbereitung durch den UB – Vorstand durch einen UB-Parteitag 12-24 Monate VOR der nächsten**
66 **Wahlkreis-Konferenz beschlossen würde. Dies deshalb, damit in offener innerparteilicher Diskussion**
67 **auf dem Parteitag sinnvolle und transparente Kriterien für den vom UB-Vorstand zu**
68 **berücksichtigenden Kriterienkatalog aufgestellt werden. Dies legitimiert dann tatsächlich**
69 **basisdemokratisch den UB-Vorstand, die Listenaufstellung nach einem derart zu Stande gekommenen**
70 **Kriterienkatalog durchzuführen.**